

Vorwort zur Neuauflage (2011)

Diese Broschüre dokumentiert eine vor mehr als zwanzig Jahren geführte Debatte innerhalb der westdeutschen radikalen Linken. Der merkwürdige Name Heinz-Schenk-Debatte rührt daher, dass zwei der beteiligten Autor_innen als Pseudonym den Namen eines abgehalfterten Fernsehmoderators und Schlagersängers nutzten. Anlass der Neuauflage ist das Jubiläum jenes post-autonomen Organisationsansatzes, der sich damals als Konsequenz der Debatte gründete. Die von Heinz Schenk und anderen formulierte Kritik an autonomen Politikformen stellt einen Bruch in der neueren Geschichte der radikalen Linken dar und ist Teil ihrer notwendigen Neukonstituierung. Viele der in der Debatte genannten Ansprüche sind uns heute immer noch wichtig – und sei es als bisher nicht oder nur ungenügend eingelöste. Einiges hat sich verändert in diesen zwanzig Jahren, anderes nicht. Es geht uns nicht darum,

einen Blick auf die verstaubten Ahnen und die bucklige Verwandtschaft der Gruppe FelS zu werfen, sondern das uns heute weiterhin relevant erscheinende einer immer virulenten Organisationsdebatte zu betonen. Eine neue Generation von Aktivist_innen kennt sie nicht mehr aus eigenem Erleben, aber aus vielen Nachfragen wissen wir, dass die Heinz-Schenk-Debatte nach wie vor eine wichtige Diskussionsgrundlage bietet: Viele der darin benannten Probleme stellen sich offenen und undogmatischen Gruppen heute immer noch ganz ähnlich. Immer noch schlagen wir uns mit unterschiedlichen Lebensumständen und Wissensständen herum, immer noch versuchen wir unsere Politik strategisch zu bestimmen und nicht einfach hilflos in die Wiederholung alter Politikformen zurückzufallen, sondern beständig an einer experimentellen Praxis zu arbeiten. Eine radikale Linke, die es ernst meint mit ihrem oft hilflos vor sich

hergetragenen anstatt wirklich praktischem Anspruch die Gesellschaft zu verändern, muss sich fragen, wie sie wieder attraktiv für eine breite Anzahl an Menschen wird und sich aus der eigenen Marginalität befreit. Dabei hilft uns weder verklärtes Schwelgen im roten Fahnenmeer vergangener Zeiten, noch die Massenverachtung auf- und abgeklärter Theoriezirkel, noch das verbissene Trotz alledem der alten Militanten. Eine relevante gesellschaftliche Linke muss der neoliberalen Vereinzelung etwas entgegenzusetzen können, solidarische Formen zur Bewältigung des Alltags entwickeln und in konkrete Verhältnisse intervenieren. Zweierlei also: Intervention und Invention. Oder auch „Klebstoff zwischen den Vereinzelteten sein – Konsens schaffen – kommunistische Lebensformen aufbauen.“ Nicht die Antworten auf diese Herausforderungen lassen sich in dieser Broschüre finden, aber viele der richtigen Fragen.

Thesen zum Kulturbegriff

Keine Revolution ohne andere Kultur, ohne andere Umgangs- und Lebensformen, ohne eine Veränderung der Menschen, die sich an ihr beteiligen. So weit, so klar – aber darüber, wie eine andere Kultur entsteht und wie ihr Verhältnis zur Politik aussieht, darüber wird in der Linken wenig geredet. Deswegen diese Gedanken zum Kulturbegriff:

1.) Gegen-/Protestkulturbewegungen so wie die antiautoritäre Bewegung ab 1968 oder die Jugendrevolte 80/81 sind für mich im Wesentlichen zweierlei:

a.) das Ausprobieren von neuen Formen, wobei diese Formen relativ willkürlich gewählt und sogar reaktionär sein können (z. B. Skins). Dieses Ausprobieren erschöpft sich sehr schnell. Wie in jedem gesellschaftlichen Prozess lässt die Euphorie nach.

b.) Der Ausbruch aus der Einsamkeit als sich neu konstituierende Gemeinschaft (wobei dieser Ausbruch eben auch außerhalb von Protestbewegungen stattfinden kann). In ihrer Spontaneität sind gesellschaftliche (und damit meistens auch kulturelle) Ausbrüche unkontrollier- und steuerbar. Selbst wenn das anders wäre, würde so eine Kontrolle wenig interessant sein. Klar ist auf jeden Fall auch, dass diese Aufbrüche ihre Schattenseiten haben. Ich persönlich mißtraue ihnen ein bißchen, weil ihr oft jähes Ende auch mich mit hinabzieht. Sie sind für mich daher auch kein Fundament, auf

das sich meine gesellschaftliche Identität stellen würde. Sie sind sicherlich prägend, können mich mitziehen und mir neue Sachen zeigen, aber ihr Rhythmus definiert nicht meinen. Warum ausgerechnet wir Linken eine neue Protestkultur kreieren sollten, ist mir deswegen schleierhaft.

2.) An gesellschaftlichen Prozessen sind mir die bewusstmachenden Elemente wichtig. Diese Bewusstsein-schaffenden Momente finden sich in Kulturbewegungen genauso, wie in Kämpfen um Lohn, ein Zentrum usw. – oder auch in unvermittelt ausbrechender Klassengewalt (z. B. die Jugendbanden und ihre Konfrontation mit den Bullen). Darüberhinaus aber noch in x-Sachen, oft Kleinigkeiten, mehr. In ihnen beginnen Menschen ihr Untertanensein ein Stück aufzusprennen: sie werden an einzelnen Stellen eigenständige Subjekte ohne sich dadurch aber gleich „ganz“ zu finden. Bewusstsein-schaffende Momente sind Schritte auf einem Weg, noch nicht das Ziel selbst.

3.) Gegenkultur kann über den Bewusstwerdungsprozess, der in ihr abläuft, ein konstituierendes Element der neuen Gesellschaft sein. Das Menschenbild einer Gesellschaft wird beispielsweise durch die Kunst zum Ausbruch gebracht, aber auch weitergetrieben. So werden revolutionäre

Lebensformen stückchenweise schon vor der Revolution vorweggenommen (auch wenn die Veränderungen immer wieder in die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen zurückfallen). Gegenkultur ist also „präventive Revolution“, aber sie kann die Revolution als Prozess der Machtübernahme nicht ersetzen.

Ich glaube, dass die kulturelle Subversion als „beharrliches Aushöhlen des alten Systems“ alleine zu keiner bleibenden Veränderung führt. Jede gesellschaftliche Transformation braucht politische und militärische Strategie. Ohne diese Strategie, die von Organisationen oder Organisationskernen vermittelt wird, wird Protest oder Gegenkultur zurückintegriert (z. B. die Kommerzialisierung des Punk, die Integration der Alternativen, der „Marsch“ der Antiautoritären): – genauso wie politische Strategie ohne gegenkulturelle Elemente nur lustfeindlich und formalistisch sein kann.

4) Natürlich gibt es einen Bereich der spontanen Entwicklung von Kultur, oder besser: Entfaltung der menschlichen Vielfalt. Das ist, wenn wir auf der Straße singen, tanzen, uns unvermittelt und unreflektiert ausdrücken. Darüber brauchen wir aber auch nicht zu reden. Daneben gibt es aber auch bewusst zu entwickelnde Gegenkultur, die außerhalb von spontanen Aufbrüchen

entsteht. Das ist für mich vor allem der Austausch mit vielen verschiedenen Menschen, Gemeinschaftlichkeit, ein Über-Sich-Hinausgehen – also ein Annähern an kommunistische Lebensformen.

Diese Lebensformen gehen nicht aus individuell erlernbaren Fähigkeiten hervor, sondern sind kollektive Entwicklungsprozesse, die mensch – hauptsächlich als systematischen Lernprozess – durch die Arbeit an einem gemeinsamen Prozess macht.

5) Das mir naheliegendste gemeinsame Projekt der Linken ist die revolutionäre Organisation. – Warum? Wenn mir an der Szene etwas auf die Nerven geht, dann ist es ihre Beschäftigung mit sich selbst, ihre Selbstlähmung, die aus dem vorherrschenden bürgerlichen Individualismus hervorgeht und ihn reflektiert. „Jeder ist sich selbst am nächsten“, heißt die bürgerliche Variante des autonomen „Subjektivismus“. Die entscheidende Frage ist also, wo und wie wir unsere individuelle Subjektivität zu einer verschmelzen. Der Prozess bewusster Organisation (als Organisation) ist eine solche Verschmelzung, also Arbeit an der Kollektivität, an der Gegenkultur, an der neuen Gesellschaft.

Zum anderen hängt damit auch eng die Frage nach Erfolg und Nichterfolg zusammen. Erfolg, das heißt für mich, neue Leute zu gewinnen, an einzelnen Punkten Zwischenerfolge zu erringen, richtig bestimmt zu

intervenieren, gesellschaftlich wahrgenommen zu werden. Egal, was wir sagen und denken, jede Struktur misst sich natürlich auch an ihrer Effizienz. Genau das ist für uns alle subjektiv ausgesprochen wichtig, denn wer macht schon gerne eine zeitraubende Arbeit, wenn sie nicht wenigstens manchmal Erfolgserlebnisse vermittelt?

Wildwuchs ist tendenziell (außer in Bewegungshochzeiten) ziemlich ineffektiv, die frustrierende Arbeit bleibt an wenigen hängen, die gleiche unangenehme Arbeit wird drei oder vier mal gemacht. Auch deshalb müssen wir über die „wildgewachsene“, subkulturell definierte Szene hinaus.

Zusammengefasst:

In ihrer Plan- (und deswegen Perspektivlosigkeit) verstellt uns die „Szene“ als Organisationsform das Gefühl des Vorankommens (es sei denn, die Bewegungsdynamik verschafft uns dieses Gefühl auch ohne unser Zutun): In ihrer subkulturellen Abschottung verhindert sie die Auseinandersetzung mit außen, blockiert also auch das befreiende Aufgeben des bürgerlichen Individualismus. Meine These ist deswegen, dass es gerade in Bewegungstiefs für uns RevolutionärInnen subjektiv notwendig ist, über ein so abstraktes Thema wie die Organisationsfrage zu reden, weil wir anders kaum mehr als nur uns selbst wahrnehmen können und keine gesellschaftliche Relevanz erlangen werden. Die Tatsache, dass andere

Organisationsansätze als ML-Sektierertum und Psychozirkel geendet sind, überzeugt mich nicht vom Gegenteil. Die ML-Phase (die K-Gruppen Anfang der '70er) war meiner Ansicht nach nur die undialektische Negation der antiautoritären Bewegung, so wie wir weitgehend die undialektische Negation der ML-Phase sind.

Zum Schluss:

(so „subjektiv“ wie nur irgendwas) – mir macht politische Arbeit da Spaß, wo sie über den eigenen Teller- rand hinaus auf andere soziale Realitäten zugeht, denn da höre ich auf, nur für mich denkendes Subjekt zu sein und treffe mich mit anderen: Dahinter steht für mich die gedankliche Kette: Klebstoff zwischen den Vereinzelten sein – Konsens schaffen – kommunistische Lebensformen aufbauen.

Zu der in Mode geratenen Diskussion über den Widerspruch zwischen eigener Subjektivität und abstrakter Politik: Politik ist zwangsläufig Abstraktion von sinnlichen Wahrnehmungen. Das ist nicht weiter schlimm. Auf der anderen Seite sind wir als ganzheitliche Menschen aber sehr viel mehr als nur „Denkende“.

Für mich heißt das, meine Spontantität und Kreativität genauso auszuleben wie mein Bedürfnis nach bewusst geplanter und erfüllter politischer Arbeit. Bewusstsein und Spontantität. Kreativität und Systematik sind für mich dialektische Begriffs-paare, die sich gegenseitig benötigen.

Die jetzigen Formen des Szene-Wildwuchses reichen mir nicht. Ich mache Politik immer mehr außerhalb von autonomen Zusammenhängen, mache dabei gute Erfahrungen und kann mir vorstellen, ganz aus ihnen herauszuwachsen. Dagegen schätze ich „autonome“ oder linksalternative Lebens- und Kulturformen nach wie vor: Ich lebe gerne in der linken WG, liebe Kiez-Discos, mag das EX, umgedrehten Kleiderzwang und Nicht-bezahlen-müssen auf Voküs.

Die Szene ist als Erbin der antiautoritären Bewegung und

der Jugendrevolte wahrscheinlich kulturell, wenn man die eigene Herkunft und die Außenbedingungen berücksichtigt, gar nicht schlecht (oft nicht anders als die Umwelt, oft noch individualistischer, aber manchmal eben doch umwerfend revolutionär). Politisch dagegen ist sie unbefriedigend, völlig überholt von den Wirklichkeiten einer immer härteren sozialen Realität. Und: Auch für das Zusammenleben (also die kulturelle „Sphäre“) wäre erfolgreichere (d.h. systematischere) politische Arbeit sinnvoll, denn befriedigte Menschen haben weniger Psychos miteinander.

Also nicht Partei statt Szene, sondern Gegenkultur, soziale Bewegung und revolutionäre Organisation als unterschiedliche, sich ergänzende Sphären. Unsere individuelle Perspektivlosigkeit kann nur eine kollektiv strukturelle Antwort haben, unser Problem lässt sich mit der gemeinsamen Abstraktionsleistung lösen.

Deswegen sind unsere Schwierigkeiten mit Alltag und unserer „Kultur“ eng mit der Organisationsfrage verbunden.

Zettelknecht

Wir sind doch kein Kampagnenheinz!

I. Die Geschichte der autonomen Bewegung ist die von Kampagnen. Auch wir haben gehofft, aus Ein-Punkt-Bewegungen zur kontinuierlichen Politik kommen zu können. Trotzdem wir dieses Konzept seit der Anti-AKW-Bewegung '86 für gescheitert erachten, haben wir uns dann zähneknirschend mangels Alternative z. B. an der IWF- und Shell-Kampagne beteiligt, obwohl wir deren baldigen Absturz vorausahnten. Wir hielten eine ungenügende Praxis für besser als gar keine.

Mit diesem Beitrag nehmen wir erstmals gegen die neuesten Kampagnen Stellung. Wenn wir Beispiele anführen, dann vor allem die Anti-Olympia-Kampagne: Sinngemäß trifft unsere Kritik aber auch z. B. auf die WWG- und Flüchtlingskampagne zu.

Dabei haben wir nichts Grundsätzliches gegen eine Flüchtlings-, Olympia- oder WWG-Kampagne einzuwenden, sie müssten aber Resultat strategischer Diskussionen sein und nicht deren Ersatz.

II. Eine politische Bewegung muss sich eine gesamtgesellschaftliche Analytik erarbeiten – und dazu in permanentem öffentlichen Austausch (soweit es die Repression erlaubt) sowohl untereinander, als auch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen stehen. Aus dieser Analyse heraus muss sie den jeweiligen Bedingungen gemäß die Mittel bestimmen und Schwerpunkte festlegen.

III. Die automone Praxis sieht bekanntermaßen anders aus. Eine gesamtgesellschaftliche

Analyse findet im Großen und Ganzen weder untereinander noch im Austausch mit anderer gesellschaftlichen Gruppen, weder öffentlich noch unter der Hand statt – allenfalls noch im eigenen Kleingruppchen, die für sich genommen aber kaum politisch handlungsfähig sind, geschweige denn gesellschaftliche Relevanz erlangen können.

IV. So bleibt immer wieder das Warten auf äußere Ereignisse – auf Großprojekte, Treffen von politischen Gegnern, angreifenden Faschos, Häuserräumungen. Eigentlich müssten wir unseren jeweiligen Gegner doch mal zum Essen einladen oder ihm zu Ehren eine Kiez-Disco geben:

Wie langweilig wäre der Herbst '88 ohne IWF gewesen, wie langweilig München ohne WWI

'92 und wie langweilig ist das Leben in manchen besetzten Häusern ohne den Überfall der Bullen.

Wo im Grunde alle erleichtert sind über den Anlass zum Demonstrieren, obwohl sie sich nach draußen darüber beschweren, wird es schizophoren, Beschäftigungstherapie ist aber keine politische Perspektive.

V. Wo sowohl Anlass als auch Form (möglichst militant auf allen Ebenen) der Politik feststehen, entsteht notwendigerweise ein instrumentelles Verhältnis zur Theorie.

Theorie dient nur noch zur Absegnung der zuvor schon beschlossenen Praxis. Dies führt zu einem reduzierten Theorieverständnis: Theorie ist nicht mehr das Beschreiben gesellschaftlicher Verhältnisse und daraus folgender Interventionsmöglichkeiten, sondern bloße Beschreibung der Machenschaften des Feindes. Sogar bloßes Faktenaufzählen wird noch als Theorie bezeichnet. Konsequenterweise setzt sich denn auch der selbstentlarvende Begriff „Inhalt“ durch: Das Gefäß ist bereits gegeben, es muss nur noch mit Inhalten gefüllt werden. Worin diese bestehen ist letztlich beliebig, nur die Form nicht.

Wir glauben, dass auch genau mit diesem falschen Verhältnis von Theorie und Praxis unsere berühmt-berüchtigten Schweige-Vs zusammenhängen. Wer die Praxis schon beschlossen hat, also nicht mehr strategisch diskutieren kann,

dem bleiben nur noch die technischen Details: die beliebten Diskussionen Spalier ja-nein. Vermummung ja-nein etc.

VI. Wir lehnen die Kampagnen aus mehreren Gründen ab: aus politischen und persönlichen. Unsere persönlichen Gründe sind aber verallgemeinerbar und damit ebenso politisch. Aus gemachten Erfahrungen nicht lernen zu können, gemachte Fehler immer wieder machen zu müssen, weil schlicht kein Forum besteht, um Erfahrungen jenseits von Manöverkritik diskutieren zu können: Das ist ein- oder zweimal persönlich zumutbar. Danach helfen auch die Schilderungen des Feindes in den wildesten Farben nicht mehr. Zudem ist diese Politik vollkommen ungeeignet, das gesellschaftliche Objektverhältnis der Einzelnen aufzuheben: im Gegenteil, sie verstärkt sie noch: Da die Politik nicht aus selbstbestimmten Ansatzpunkten entwickelt wird, sondern sich lediglich der Strategie des Feindes entgegengestemmt wird, werden wir selbst in unserer Politik noch Opfer ihrer Pläne und zeitlichen Vorgaben. Auch ein Fisch, der an der Angel zappelt und sich wehrt, ist Objekt des Anglers. Auch sind wir nicht mehr bereit, politische Fehler durch subjektiv erhöhten Einsatz auszugleichen. Wenn es politisch nicht erwünscht wird, wie jetzt vom autonomen Teil der Anti-Olympia-Kampagne, intensive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, so

dass wirklich Zehntausende auf den Beinen sind, gehen wir nicht trotz Bauchschmerzen zur Demo, nur damit es nicht so kläglich aussieht. Das führt zur Bestätigung der These, dass es ausreicht, in der Szene zu mobilisieren.

Politisch scheint uns die Praxis mittlerweile nicht mehr nur unzureichend, sondern falsch bis kontraproduktiv. Als unzureichend würden wir beispielsweise eine radikale Praxis bezeichnen, die sich lediglich auf einen Teilbereich (Internationalismus, Knast etc.) erstreckt, aber nicht oder kaum an einem gesamtrevolutionären Projekt arbeitet. Hier sagen auch wir: lieber eine solche Praxis als gar keine.

Eine Politik aber mit gesamtrevolutionärem Anspruch, die statt Diskussionen krampfhaft Suche nach Anlässen betreibt, die im Wunschdenken befangen ist und damit Illusionen produziert („vielleicht klappt bei dieser Kampagne ja doch der Sprung zur Kontinuität“), die nicht zur Aneignung politischer Begrifflichkeiten, sondern zur politischen Unfähigkeit führt, kann langfristig nur nach hinten losgehen, selbst wenn z. B.

Olympia gekippt werden kann. Wir stellen denn auch eine schädliche Dauerwirkung von Kampagnenpolitik fest: Es bleibt zwar eine Ahnung von der eigenen Hilflosigkeit, aber es fehlt jegliches Instrumentarium, diese zu erklären oder sich Politik überhaupt anders vorstellen zu können. „Wir machen jetzt mal eine Kampagne: Wir

wissen zwar, dass dies nicht das Optimale ist, aber uns fällt nichts anderes ein", ist eine politische Bankrotterklärung.

VII. Wer den Feind nur in dessen Offensiven beachtet und angreift, programmiert die Niederlage vor. Das Ansetzen am stärksten Punkt führt nur höchst selten zu Erfolgen. Selbst wo diese erzielt wurden, stellen wir merkwürdiges Desinteresse an ihnen fest.

Da der Feind ja immer irgendwo in der Offensive ist, wird der Erfolg kaum registriert, geschweige denn genutzt, sondern sofort zum nächsten Punkt übergegangen (registriert werden lediglich militärische Erfolge wie 1. Mai '87, '89: diese werden zu Mythen).

Eine solche Politik, die nie Fortschritte verzeichnen kann, muss zur Demoralisierung oder schlimmeren psychischen Störungen führen. Das Bild von der Allmacht des Feindes wird so bestärkt.

Eine politische Theorie, die den Feind nur im Moment seines Angriffs wahrnimmt, kann nur ein unvollständiges Bild der Gesellschaft liefern. Da die militante Linke dieses Bild aber für vollständig hält, wird es falsch. Die These der Faschisierung hat hier ihren Ursprung und diese wiederum legitimiert im Nachhinein die ständige Konspirativität und führt damit zur weiteren Abschottung von der Realität. Ebenso legitimiert sie die Unterschätzung jeder anderen Aktionsform als der des direkten Angriffs. So werden

Themenbereiche, in denen erstmal kaum die Aussicht auf direkte Aktionen besteht, den ReformistInnen überlassen (z. B. Gesundheit, Arbeits-, Schul- und Unikämpfe). Folge davon wiederum ist eine Politik an den eigenen Bedürfnissen vorbei, da nicht dort angesetzt wird, sondern an den Punkten, an denen gerade ein militärischer Angriff möglich erscheint. Unter anderem damit ist auch das geringe Interesse an Erfolgen in den laufenden Kampagnen zu erklären.

VIII. Zudem ist die autonome Kampagnenpolitik eine des faktischen Reformismus. Seit dem letzten Höhepunkt der Anti-AKW-Bewegung war es nicht zu übersehen: das autonome Konzept, in Teilbereichsbewegungen durch militantes Eingreifen zu intervenieren, sie vom Riot zur Revolution und vom Ein-Punkt-Aufstand zum Aufstand gegen das ganze „System“ zu führen, war gescheitert. Stattdessen waren die Autonomen zum bewaffneten Arm der Grünen geworden. Während die Autonomen trotz oder gerade wegen (denn dann fiel der Anlass weg, das Bewegungsloch trat ein) der auch durch ihren Einsatz erkämpften Teilerfolge aus den Kämpfen desolater hervorkamen, als sie hineingegangen waren, kletterten die Grünen in den Prozentpunkten nach oben und wurden von der Ein-Punkt-Partei zur gesellschaftlich handelnden Kraft.

Die Autonomen sorgten für Schlagzeilen, für politischen Druck, während die Grünen politisch konkrete Konzepte vorzuweisen hatten und es verstanden, die an den Kämpfen Beteiligten in längerfristige politische Arbeit einzubinden. Historisch betrachtet ist dies ja keine neue Konstellation: Immer wieder hat es Massenbewegungen gegeben, die von Führern/anderen gesellschaftlichen Kräften für deren Ziele benutzt wurden. Dies war die Folge davon, dass die Massenbewegungen aufgrund ihrer Klassenlage keine eigenen politischen Konzepte entwickeln konnten. Neu ist bloß, dass die Autonomen diese immer wieder aus der Not geborene Situation als politisches Rezept zu verkaufen versuchen und somit freiwillig die Masse stellen, auf deren Rücken Geschichte gemacht wird. Und dies, obwohl sie aufgrund ihrer materiellen Situation durchaus in der Lage gewesen wären, eigene Konzepte zu entwerfen. Was sind in den Jahren nach '86 nicht für Verrenkungen unternommen worden, um den Ruf des de-facto-Reformismus-trotz-revolutionärer-Verpackung zu entfliehen.

•Der Themenbereich „Ökologie“ wurde aufgegeben, da die ReformistInnen hier am durchorganisiertesten waren – andere Themenbereiche wurden verstärkt aufgegriffen: Flüchtlinge, Umstrukturierung, etc., da man/frau hoffte, dass die ReformistInnen hier nicht das Feld besetzen könnten.

- Abgrenzungswut gegenüber einzelnen Analysen der ReformistInnen und Entgegenhalten vermeintlich radikalerer, weil den Feind für schlimmer erklärender Thesen.

So halten wir die ökonomistisch-machtstrategisch analysierende Golfkriegsparole „Kein Blut für Öl“ für realistischer als den Versuch den Golfkrieg als „Vernichtungskrieg gegen die arabische Bevölkerung“ zu interpretieren. Der Versuch, sich von den ReformistInnen statt in der gesellschaftlichen Perspektive in der Analyse einzelner Planungen des Feindes abzugrenzen, führte zur Verschwörungstheorie, die sich durch nichts belegen ließ.

- Die Ablehnung, überhaupt noch konkrete Forderungen zu stellen („Wir sind einfach nur da“).
- Das Ablehnen jeglicher Bündnisse mit ReformistInnen bzw. mit allen, die nicht zur militanten Linken gehören. Das Ergebnis ist gleich null.

Entweder man übte sich in praktischem Existentialismus und konnte jenseits des unmittelbaren Angriffsziels einer Randalie kein politisches Ziel mehr benennen (siehe 1. Mai). Was letzten Endes den Verlust der politischen Ebene überhaupt bedeutet. Oder man/frau musste die Erfahrung machen, dass Reformismus nicht eine Frage des Themas und jedes Thema letzten Endes reformistisch zu besetzen ist. Folge war dann doch wieder die alte Arbeitsteilung, wie sie schon jetzt in der Olympia-Kampagne präsent ist:

die Autonomen machen den Putz auf der Straße und allenfalls noch eine Veranstaltung im „EX“ für die, die eh schon Bescheid wissen, die AL/ Bund Naturschutz etc. machen öffentliche Diskussionen, Pressearbeit usw. und interpretieren damit auch die Aktionen der Autonomen gegenüber der Presse: „Polizei wollte Ausschreitungen herbeireden“. Nachdem die ausdrückliche Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit ReformistInnen in der IWF-Kampagne '88 ebenso gescheitert war, wie die intensive Bündnispolitik bis '86, existiert jetzt überhaupt keine Linie mehr: Jede Gruppe betreibt Bündnispolitik nach ihrem eigenen Gutdünken und mit einer gewissen Beliebigkeit. Das Ergebnis der Olympia-Kampagne wird sein:

Die AL wird gestärkt aus der Konfrontation hervorgehen, die sie braucht, um ihren zwangsläufigen Image- und Profilverlust durch die Koalition wieder wettzumachen. Die Autonomen werden am Ende wieder ratlos auf den nächsten Anlass zu militantem Vorgehen warten, allenfalls werden sie die personellen Verluste ausgeglichen haben, die sie ihre Politik immer wieder kostet. D. h. die AL geht auf jeden Fall politisch gestärkt aus der Kampagne hervor, die Autonomen nicht einmal dann, wenn sie ihr unmittelbares politisches Ziel, die Olympia-Verhinderung, durchsetzen sollten.

IX. Die kurzatmige Kampagnenpolitik ist Folge der Weigerung, die Organisationsdebatte zu führen.

„In ihrer Plan- und deswegen Perspektivlosigkeit verstellt uns die „Szene“ als Organisationsform das Gefühl des Vorankommens (es sei denn, die Bewegungsdynamik verschafft uns dieses Gefühl auch ohne unser Zutun). Meine These ist deswegen, dass es gerade in Bewegungstiefs für uns RevolutionärInnen notwendig ist, über so ein abstraktes Thema wie die Organisationsfrage zu reden, weil wir anders kaum mehr als nur uns selbst wahrnehmen können und keine gesellschaftliche Relevanz erlangen werden.“

Thesen zum Kulturbegriff

Auch dem Reformismus-Problem ist nicht anders beizukommen. Eine revolutionäre Bewegung kann sich nicht in der Form von Bürgerinitiativen (zumal meist klandestinen) organisieren, oder sie wird deren Ergebnisse erzielen: einzelne Projekte zu verhindern, um damit den gesellschaftlichen Normalzustand zu sichern und zu festigen.

Die politische Seismographenfunktion, die die Protestbewegungen für das System der BRD mittlerweile haben, haben auch die Autonomen. Ebenso wie diese zeigen sie gesellschaftliche Konflikte frühzeitig an, erlauben somit eine rechtzeitige Korrektur der herrschenden Linie, ohne den Konflikt bzw. das entstandene Konflikt-

potential organisatorisch weiter anbinden zu können. Wenn sich reformistische Konzepte durchsetzen, ist dies meistens auch eine Folge politischer Schwäche und Unfähigkeit der revolutionären Linken. Es ist keine Lösung, keine konkreten Forderungen mehr aufzustellen. Das ist der Luxus für diejenigen, die Erfolge wie das Erkämpfen von weniger Miete, kein Olympia, Bleiberecht für Flüchtlinge nicht notwendig haben. Entscheidend ist, wer aus konkreten Kämpfen gestärkt hervorgeht. Dies kann jegliche politische Formation nur, wenn sie gesamtgesellschaftliche Konzepte vorlegen kann, wenn sie in den Kämpfen beteiligte Menschen für längerfristige Arbeit gewinnen kann.

Die Kampagne wird trotz unserer Kritik stattfinden. Das ist der Konservatismus der Linken: in schlechten Zeiten, in denen

sich um uns herum alles verändert, sich umso verzweifelter an das alte zu klammern. Mindestens langfristig wird dies zum Scheitern verurteilt sein. Eine Gruppe, die sich den historischen Veränderungen nicht stellt, wird, wenn überhaupt, nur als Sekte ohne politische Relevanz weiterexistieren.

Heinz Schenk

„Mit dieser Reihe von Phänomenen ist eine der wichtigsten, die politische Partei betreffenden Fragen verknüpft; nämlich, ob die Partei fähig ist, gegen die Macht der Gewohnheit und gegen die Tendenz zu reagieren, zu mumifizieren und anachronistisch zu werden. Die Parteien entstehen und konstituieren sich zu Organisationen, um die Situation in geschichtlich lebenswichtigen Momenten für ihre Klasse zu meistern; aber nicht immer verstehen sie sich

den neuen Aufgaben und den neuen Epochen anzupassen, nicht immer verstehen sie sich zu entwickeln gemäß den komplexen Kräfteverhältnissen (und den entsprechenden Positionen ihrer Klassen) in einem bestimmten Land oder auf internationaler Ebene. In der Analyse dieser Entwicklung der Parteien muss man unterscheiden: die gesellschaftliche Klasse; die Masse der Partei; die Bürokratie und den Generalstab der Partei. Die Bürokratie ist die gefährlichste gewohnheitsmäßig konservative Macht; wenn sie schließlich ein solidarisches, für sich bestehendes, sich unabhängig von der Masse fühlendes Korps bildet, wird die Partei anachronistisch und in den Augenblicken akuter Krise wird sie ihres gesellschaftlichen Inhalts entleert und bleibt in der Luft schweben.“

Antonio Gramsci

Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler!

„Denn für die, die keine Kraft mehr haben, gibt es bei uns keinen Platz und das weiß jeder. Denn die, sagt er leise... die neu zu uns hinzukommen, meinen, sie seien die Größten. Und die, die keine Kraft mehr haben, verschwinden still und heimlich und werden nicht mehr gesehen.“

Michael Wildenhain.
Die kalte Haut der Stadt

„Die Verbindung mit denen, die vor uns am Werk gewesen waren, war immer gleichbedeutend mit einer Eröffnung des Wegs ins Zukünftige. In diesem Sinn sind wir Traditionalisten, sagte Katz. An nichts Kommendes können wir glauben, wenn wir Vergangenes nicht zu würdigen wissen.“

Peter Weiss. Die Ästhetik
des Widerstands

Pünktlich zum Ende des autonomen Sommerlochs nehmen die Überfälle auf AusländerInnen an Quantität und Qualität (offene Unterstützung in Hoyerswerda) zu. Gleichzeitig wird auf der Ebene der offiziellen Politik über eine Verschärfung des Asylrechts debattiert und die Angriffe auf AusländerInnen werden als Anlass genutzt, diese Verschärfung durchzusetzen.

Die Autonomen, die bisher noch einen ungefüllten Terminkalender für den Herbst hatten, reagieren wie immer bei aktuellen Anlässen wie ein aufgeschreckter Hühnerhaufen. Hektisch wird versucht, all das wettzumachen, was die Monate vorher unterblieb: Kontakte zu Flüchtlingen werden geknüpft, Verstecke für diese organisiert, Demos durchgeführt, einem

Busunternehmen, das die Flüchtlinge in die Ex-DDR gegen deren Willen verfrachtet hat, mehrere Busse abgefackelt. Politisch langfristige Konzepte werden kaum diskutiert. Stattdessen verschärfen sich die Konflikte zwischen der „aktionistischen“ und der „politischen“ Fraktion.

(Dabei widersprechen diejenigen, die sich bei jedem Anlass Scharmützel mit den Bullen liefern, nicht autonomer Theorie, sondern sind deren konsequentester Ausdruck: Wenn sowieso keine bewusste Planung möglich ist, taktische Zurückhaltung an einem Punkt nicht mit der langfristigen Einbindung von mehr Menschen in unsere Arbeit wettgemacht werden kann und auf der anderen Seite die Aktionen bei jedem Anlass auch nicht

schaden – denn auch die größten KritikerInnen kommen mangels Alternative wieder zur nächsten Demo – warum soll dann nicht jede noch so zufällig günstige Situation für militante Aktionen genutzt werden?)
Was wir damit sagen wollen:
Die Flüchtlingsarbeit unterscheidet sich in keiner Weise von den anderen Kampagnen der Autonomen (wie die „Interim“ in ihrem Vorwort zu unserem „Kampagnenheinz“ gemeint hat!). Im Gegenteil, in gewisser Weise kulminiert hier eine falsche Politik (dazu später mehr). Wir wollen keineswegs einzelne Kampagnen kritisieren, sondern die grundsätzliche Arbeitsweise (seltsamerweise haben uns diejenigen, mit denen wir über unseren Artikel gesprochen haben, weitgehend recht gegeben, aber die Kampagne, in der sie selbst gerade mehr oder weniger zufällig stecken, davon ausgenommen). Unsere Papiere sind eine Art Austrittserklärung aus den Autonomen.

Persönliche Erklärung des halben Heinz Schenk:

Ich habe seit 6-7 Jahren Politik in autonomen „Zusammenhängen“ gemacht. Die ersten beiden Jahre waren dabei typische „Jungsponti“-Jahre (chaotische Lebensweise, Tendenz zur Selbstmarginalisierung, Aktionismus). Danach war aufgrund mangelnder persönlicher Perspektiven, die aus der chaotischen Lebensweise resultierten, und häufigen Festnahmen aufgrund des Aktionismus meine Politik

zum ersten Mal in eine Krise geraten.
In der Aufarbeitung hat mir dann das Frankfurter Lupus-Papier zu den Libertären Tagen '87 geholfen, die Kritik auf den Punkt zu bringen, ich habe in den Projekten und Kampagnen, in denen ich seit '87 drin war, versucht, diese Kritik umzusetzen, das heißt: Kontinuität herzustellen, militante und andere Aktionen sowie Theorie und Praxis ins richtige Verhältnis zu setzen, Mythen abzubauen, aus dem Ghetto heraus zu kommen. Diese damalige Kritik wurde und wird von einem Großteil der Autonomen geteilt. Trotzdem hat sich seit '87 bis in die scheinbaren Kleinigkeiten (z. B. Uniformzwang) nichts, aber auch gar nichts geändert. Wenn eine politische Struktur sich über Jahre hinweg gegen jede Veränderung als resistent erweist, ist sie offenbar nicht reformierbar.
Sie muss auf falschen Grundtheoremen basieren, die jede Änderung verhindern. Jede immanente Kritik, die also nur die Symptome kritisiert, fördert das Weiterbestehen einer grundsätzlich falschen Politik, da sie deren Ursachen nicht erkennt. Deshalb kann unsere Kritik keine solidarische in dem Sinne sein, dass sie das Positive hervorhebt, solange die Grundrichtung nicht stimmt.

Dabei entspricht die Schärfe des Artikels weniger dem Anspruch, die Wahrheit gefressen zu haben, als der Tatsache,

persönlich einfach nicht mehr so weiterarbeiten zu können. Ich habe in den letzten 6 bis 7 Jahren irgendwo zwischen 10 und 20 Gruppen und eben sovielen Kampagnen durchlaufen. Ca. 2/3 der Leute, mit denen ich zusammengearbeitet habe, haben sich ins Privatleben zurückgezogen, einer ist vorübergehend in der Psychiatrie gelandet, einige im Suff geendet, einer hängt an der Nadel und einer hat Selbstmord begangen.
Daran sind mit Sicherheit nicht nur die objektiven Bedingungen oder subjektives Unvermögen schuld: Die autonomen Strukturen haben diese Formen der Resignation und Verzweiflung hervorgerufen oder zumindest begünstigt.
Ich selbst habe das Gefühl von Stagnation, leide zunehmend mehr unter den inneren Verhältnissen der Autonomen als unter den gesellschaftlichen Bedingungen (das ist vielleicht auch ein Privileg von weißen, männlichen Mitteleuropäern). In der Arbeit ist nicht zu spüren, wofür wir kämpfen und die Tatsache, nie einmal grundsätzlich seine Fragen einbringen zu können, sondern sich immer nur aufs Neue in Kampagnen hineinstürzen zu können, nervt. Zudem macht die autonome Geschichtslosigkeit vieles schwierig. Da das Wissen um Geschichte nicht als grundsätzliche Voraussetzung für Politik begriffen wird, existiert keine Art „kollektives Gedächtnis“, alle fangen immer wieder am Nullpunkt an.

Das Einbringen von Erfahrung muss somit als Arroganz verstanden werden. Es ist nicht mal zu schaffen, die Aktionismus-Erfahrungen weiterzuvermitteln, was eine praktische Erfahrung mit jüngeren GenossInnen fast immer unmöglich macht. Offenbar ist es so, dass alle individuell die Erfahrung machen müssen, dass schlecht vorbereitete Aktionen in neun von zehn Fällen zwar gutgehen, in einem aber daneben, und dass sich häufende Festnahmen zur Krise und bei vielen zum individuellen Ausstieg aus politischer Arbeit überhaupt führen. Es ist unmöglich gewesen, auch nur einen einzigen Genossen vom Aktionismus fernzuhalten, das haben mit schöner Regelmäßigkeit dann erst die Bullen geschafft. Von der Weitervermittlung theoretischer Erfahrungen ganz zu schweigen. Ich weiß zunehmend auch nicht mehr, warum ich überhaupt noch theoretische Texte lese, wenn diese auf die Praxis nicht anwendbar sind.

KURZ:

Würde ich so weitermachen, fürchte ich schon sagen zu können, was ich in den Jahren 1999 und 2000 mache: in den selben ghettoisierten Strukturen würde ich zur nächsten WWG-Demo 1999 fahren, 2000 gegen Olympia demonstrieren, vielleicht auch im gerade wieder angeschlossenen Breslau Faschos jagen – von den GenossInnen von 1991 würde kaum jemand übriggeblieben sein – und die Neuen und Übriggebliebenen würden

erklären, dass sich in den Strukturen doch gerade wieder etwas bessert und diese Kampagne ganz anders sei. Und vor Allem ganz wichtig, weil die Schweine doch gerade wieder... Vielleicht ist das Ganze ja auch „nur“ ein Generationskonflikt. Das Alter der meisten Autonomen und die Dauer ihres Engagements sprechen jedenfalls dafür, dass sie eher radikale Jugendkultur als altersübergreifende Bewegung sind und sein können. Auch ihre Kultur und Politik sind von einer spezifischen (Jugend-) Phase gekennzeichnet, der der Abgrenzung. Ich sage dies ohne Wertung. Um zu wissen wofür wir kämpfen, müssen wir uns zunächst von dem abgrenzen, was wir ablehnen. Nur glaube ich in den Autonomen nicht älter werden zu können. Das ich gegen die Zustände hier bin und einen revolutionären Prozess für notwendig halte, weiß ich. Artikel, in denen zum 250. Mal die Strategien des Feindes analysiert werden, entbehren nicht einer gewissen Langeweile. Meine heutigen Fragen sind andere. Es sind die Fragen, die in der autonomen Szene kaum gestellt werden, weil sie glauben, es genüge, gegen das jeweilige Hauptprojekt entgegenzuhalten und der Rest werde sich dann schon irgendwie, irgendwann finden.

Es sind zum Beispiel die Fragen danach, WIE ein revolutionärer Prozess aussehen kann, die nach der Möglichkeit einer Übergangsgesellschaft, die Frage danach, was an Theorie der letzten 150 Jahre noch an

Gültigkeit besitzt.

Auch kulturell habe ich mit der autonomen Szene nicht mehr viel am Hut. Die Zeiten, in denen ich es für nötig gehalten habe, in ganz schwarz und mit Springerstiefeln herumzulaufen, um mir selbst und allen anderen zu zeigen, dass ich auch zu den gefährlichen Autonomen gehöre, sind vorbei. Die verbissene Humorlosigkeit vieler Autonome hat mich wichtige persönliche Beziehungen wieder außerhalb der Szene suchen lassen. Zudem bin ich es leid, meine Abweichung von der autonomen Norm ständig erklären oder gar rechtfertigen zu müssen. Nochmal ausdrücklich: Ich verstehe dies nicht als Arroganz.

Wenn das trotzdem so ankommen muss, ist das genau die Folge eines nicht vorhandenen „kollektiven Gedächtnisses“, die nur die Wahl lässt, entweder Erfahrungen zu verdrängen, oder das Lernen aus ihnen individuell einzufordern, was dann eben als Arroganz und Beserwisserei verstanden wird.

Das Problem scheinen mir nicht nur die Unterschiede zwischen Älteren und Jüngeren zu sein, sondern die Tatsache, dass für den Umgang mit ihnen keine vernünftige Form vorhanden ist. Ich halte es jedenfalls auch für mich für eine schlechte Lösung, mich wie manche Alt-Autonome auf das Anleimen von Kampagnen und Demoleitung zu beschränken und sich die Jungen immer wieder die Hörner an der Repression abstoßen zu lassen („Wir brauchen euren Mut und

ihr unsere Schlaueit“).

Wenn wir also autonome Politik grundsätzlich in Frage stellen, dann nicht bloß, wegen deren mangelnder Effektivität, sondern weil sie ihrem ureigensten Anspruch, subjektive Emanzipation als Voraussetzung des revolutionären Prozesses (und umgekehrt) zu begreifen, nicht gerecht wird. Der im Folgenden erwähnte Begriff Subjektivismus verhindert gerade die Befreiung des Subjekts.

Eine Politik, die aber lediglich einen objektiven Faktor gegen das „System“ darstellt, jedoch keine subjektive Emanzipation ermöglicht, kann zwar kurzfristige Erfolge erringen, diskreditiert aber langfristig jede linke Politik. Auch die SED war ein objektiver Faktor gegen den Kapitalismus.

Der Subjektivismus – Hilfsmittel zur Erklärung der Welt

Um zu verstehen, warum sich die im Folgenden erwähnte subjektivistische Theorie bei den Autonomen entwickelte, ist ein Rückblick auf deren Geschichte notwendig. – Schon das ist schwierig genug.

Da eine eigene Geschichtsschreibung nicht für notwendig erachtet wird, sind wir auf die Rekonstruktion aus alten Zeitungen, Erzählungen der wenigen Szene-„Opas und Omas“ und unsere eigene politische Erfahrung angewiesen. Sicherheit kann dies natürlich nicht bieten, manches können wir nur vermuten.

Zudem müssen wir, da keine klar formulierten Plattformen oder Positionen existieren, aus dem autonomen Wust das herausfiltern, was trotz aller Unterschiedlichkeit Autonome miteinander verbindet. Auch das ist nicht einfach.

Die Autonomen entstanden Anfang der '80er Jahre v. a. im Kontext der Hausbesetzerbewegung als Erbe der Spontis. Nach dem Niedergang '82/'83 blieben viele übrig, die weiterhin revolutionäre Politik machen wollten. Was macht eine revolutionäre Linke in schlechten Zeiten, wenn sie die kritische Aneignung marxistischer Theorie ablehnt (mit dem Hinweis auf die ML-Tradition v. a. der K-Gruppen) und damit auch Begriffe wie gesellschaftliche Bedingungen, materialistisches Denken und Dialektik verwirft? Wie stellt sie sich vor, mehr zu werden, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen? Zum Erklärungsmuster wird der voluntaristische Subjektivismus, das heißt, dass die Revolution dann stattfindet, wenn die Menschen es wollen. Für die Frage, warum sie es derzeit nicht wollen, bleiben als Erklärung nur Bösartigkeit, Repression und Verblödung durch die Medien und Konsum übrig. Allenfalls kommt noch ein Schuss vulgärmarxistischer Verelendungstheorie hinzu. Dieser voluntaristische Subjektivismus taucht bei den Autonomen in zwei Spielarten auf, die sich aber gut miteinander vereinbaren lassen.

• Bezüglich persönlichen Verhaltens: Hieraus folgt die Tendenz zur Selbstmarginalisierung mit ihren Auswüchsen wie Uniformzwang, überhaupt das Herausbilden einer weitgehend einheitlichen Subkultur in allen Bereichen (Punk gegen Klassik etc.). Neben diesen unsinnigen Versuchen, bestimmte Geschmacksformen a priori für links zu erklären (und andere nicht) und dabei einen Konformismus zu erzwingen, der bestimmt nicht links ist, sind die ewigen persönlichen Anspruchs-Debatten Folge dieser Spielart des Subjektivismus.

Nun ist es gewiss so, dass das Persönliche nicht vom Politischen zu trennen ist und insofern auch persönliche Verhaltensweisen zu diskutieren sind. Problematisch ist aber, dass über allem der Anspruch nach fehlerfreiem Verhalten schwebt und dabei nie die Ausgangsbedingungen der Einzelnen berücksichtigt werden. Es ist einfach unsinnig, ein Verhalten einzufordern, das eben erst in einer befreiten Gesellschaft möglich ist – und nicht unter den derzeitigen Bedingungen. Die Gnadenlosigkeit, mit der gegen alle vorgegangen wird, die diesen Ansprüchen nicht genügen, verhindert gerade eine Weiterentwicklung der Einzelnen.

Um konkret zu werden: Natürlich gibt es auch hier Grenzen für Spielräume. Vergewaltiger etc. haben in linken Gruppen nichts zu suchen. Wer aber z. B.

Eifersucht zur unzulässigen Verhaltensweise erklärt, baut eine innere Repression auf, die dem einzelnen nur das permanente Gefühl ihrer Ungenügsamkeit geben kann oder zur Selbstverleugnung führt und zudem eine Thematisierung der Schwierigkeiten unmöglich macht. Der Versuch, durch vorbildliches persönliches Verhalten die Ungerechtigkeit der Welt bekämpfen zu wollen, erinnert an christliche Methoden. Kein Wunder, dass verbissene Humorlosigkeit ihren Einzug hält und viele Autonome moralinsaureren Protestanten ähnlich sind.

▪ Bezüglich politischen Verhaltens: Wenn gesellschaftliche Veränderung nicht von gegebenen Bedingungen abhängt, sondern vom subjektiven Willen, und wenn die Wahl der Mittel daher nicht von der Situation abhängt, sondern das militanteste Mittel immer das beste ist, da der Staat auf dieses am heftigsten reagiert, ist der/diejenige am konsequentesten, der/die am häufigsten militante Mittel einsetzt. Das ist letzten Endes der Kern der Antiimps-These vom „Bruch mit dem System“ und Ursache des autonomen Aktionismus. Vielleicht sind die Unterschiede zwischen der jetzigen RAF/Antiimps und den Autonomen ja auch nicht größer als in der Betonung der verschiedenen Subjektivismen: Während die RAF/Antiimps den politischen Bruch als ausreichend betrachten, legen die Autonomen genausoviel oder mehr Wert auf

den subkulturellen. So erklärt sich auch die autonome Ghetto mentalität: Wer sich einen politischen Prozess nicht als eine Annäherung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen bei bestehenden bleibender Unterschiedlichkeit vorstellen kann, sondern glaubt, dass die ganze Welt so werden müsse wie die eigene Szene, kann nur ein instrumentelles Verhältnis zu anderen entwickeln. Deshalb (und weniger wegen des Rassismus in uns) sind die Flüchtlinge jetzt OBJEKT autonomer Bemühungen, so wie es '86 die OberpfälzerInnen waren. Sie werden ebenso wie die fallengelassen werden, wenn sich herausstellt, dass diese keineswegs beabsichtigen, Teil der Szene zu werden. Der Subjektivismus wirkt sich aber auch zerstörerisch auf den vielbeschworenen kollektiven Prozess aus. Im Schlepptau hat er einen Objektfetischismus, d. h. Politik ist letzten Endes kein sozialer Prozess, sondern die Steigerung von militanten Aktionen, Demos. etc. und an der Zahl militanter Aktionen und Demos lässt sich demzufolge der Reifegrad einer Linken erkennen.

Folge davon ist wiederum die These „wir kommen nur in unseren Kämpfen zusammen“, die von manchen theoretisch vertreten wird, sich v. a. aber in der praktischen Arbeit zeigt. Noch jedes Mal, wenn wir uns aus politischen Gründen an der aktuellen Kampagne nicht beteiligen mochten oder persönlich

einfach nicht konnten, sind wir so gut wie vollständig aus der Szene herausgefallen. Die Einzelnen werden so zum Rädchen im Getriebe, die nur dann in einem revolutionären Prozess als wertvoll betrachtet werden, wenn sie einen „output“ an Aktionen hervorbringen. Dies ist aber nichts anderes als kapitalistisches Denken, das die Einzelnen nach dem Wert ihrer erbrachten Leistungen misst und Leistung als Voraussetzung der Freiheit begreift.

Subjektivismus bedeutet den Verlust innerer Demokratie

Die innere Demokratie (Demokratie nicht im Sinne parlamentarischer Demokratie, sondern als Möglichkeit, die Vorgänge innerhalb der eigenen Gruppe oder Organisationen zu beeinflussen) ist Voraussetzung für jede emanzipative Politik. Diese ist bei den Autonomen nicht gegeben. Kritik kann nur als unverbindliche Aufforderung geäußert werden, die aber, da keine bewusste Planung möglich ist und die Formen autonomer Politik a priori gegeben sind, wirkungslos bleiben muss. Auch dies resultiert aus dem Subjektivismus: Wo es nicht mehr um die Anpassung der politischen Formen an die gesellschaftlichen Bedingungen sondern um bloße Steigerung der Leistung der Einzelnen geht, ist grundsätzliche Kritik überflüssig geworden. Aus demselben Grunde waren die realsozialistischen Staaten unfähig, z. B.

der Unproduktivität der eigenen Wirtschaft mit ihrem politischen Diskurs zu begegnen, sondern konnten diese nur dem Gegner zuschreiben und mit Appellen antworten, die eigene Leistung zu steigern. Sie unterlagen dem Fehler, ihre Form des Sozialismus nicht für eine mögliche, sondern für die immer und zu allen Zeiten einzig mögliche zu halten. Der Versuch, sich außerhalb der Geschichte zu stellen, wurde mit ihrem Verschwinden bestraft.

Zur Hilflosigkeit und Ohnmacht gegenüber einer als nicht veränderbar angesehenen Gesellschaft tritt damit die Hilflosigkeit und Ohnmacht gegenüber der unveränderbaren, kaum einmal beeinflussbaren Szene.

Das autonome Organisationsmodell als Antwort auf die Ära des Massenkonsums

Die Ursache dafür, dass Autonome innerorganisatorische Demokratie für unwichtig erachten, liegt aber auch in ihrer falschen Gesellschaftstheorie. Wäre die hauptsächliche Ursache gesellschaftlicher Unterdrückung in den Metropolen tatsächlich Repression und Überwachung, könnte ein Organisationsmodell, das die Individuen der Überwachung und dem Zwang zu gesellschaftlichem Konformismus entzieht, tatsächlich eine gewisse subjektive Emanzipation ermöglichen, wenn auch nur wenig politisch erfolgreich agieren. Die Gesellschaft der BRD der '80er und '90er Jahre besteht

aber zunehmend darin, dass ihre Individuen atomisiert, Handlungen ihres Sinns für gesellschaftliches Zusammenleben entleert (Ausbau des Dienstleistungssektors, Verwertung immer mehr Bereiche persönlicher Beziehungen) werden und kaum noch Kommunikation über kleine Gruppen hinaus stattfindet.

Linke Politik begeht eine Todsünde, wenn sie in dieser Situation nicht die gesellschaftliche Zersplitterung durch Organisation aufzuheben versucht, sondern das Erfolgsmodell des kapitalistischen Staates als einzige Möglichkeit für emanzipatives Handeln darstellt.

Die Bekämpfung von Individualisierungsprozessen ist nicht durch Organisation in ebenso zersplitterten Kleingruppen möglich.

Rückblickend kann damit auch erklärt werden, warum die Autonomen Anfang der '80er Jahre eine größere Wirksamkeit als heute hatten.

Sie waren die letzte, vielleicht einzig mögliche, Antwort der Linken auf das „Modell Deutschland“, was heißt: institutionalisierte Konfliktlösungen, Integration gesellschaftlicher Widersprüche durch Massenkonsum, standardisierte Lebensmodelle von der Einbauküche bis zum mit-20-in-einen-Beruf-bis-zur-Rente und der Kleinfamilie als gesellschaftlicher Norm.

Sich diesem Anpassungszwang entgegenzustellen, hatte Anziehungskraft, zumal der Anpassungszwang eher

ideologischer als ökonomischer Art war (von Sozi oder Bafög leben war noch möglich). Diese Voraussetzungen sind heute nicht mehr gegeben: Die Ablehnung der Kleinfamilie ist das Erfolgsrezept der Yuppies, Flexibilität und Spontaneität ist die Voraussetzung für Karriere, Massenkonsum wird durch Luxusware einerseits und Billigläden andererseits ersetzt: Die Unterschiedlichkeit von Lebensmodellen ist zumindest in Großstädten keine Provokation mehr, sondern Voraussetzung für Spaltung, in hunderte von Interessengruppchen. Subkultur besitzt damit keine Sprengkraft mehr, sondern fügt den verschiedenen Lebensmodellen lediglich noch ein weiteres hinzu.

Hartmannismus und Flüchtlingskampagne. Die Theorie wird der Praxis angepasst

Bis Hoyerswerda haben wir uns gefragt, warum die autonome Flüchtlingsarbeit so seltsam verläuft. Warum sitzen Gruppen ein halbes Jahr im trauten Kreis und reden über ihren Rassismus, ohne einen Flüchtling auch nur mal aus 5 Meter Entfernung gesehen zu haben (wir kennen solche Gruppen)?

Warum gibt es seit 5 Jahren Anschläge der RZ zu dem Thema, die in keiner Weise mehr dem alten RZ-Anspruch gerecht werden, in Verbindung zu einer Bewegung zu stehen, geschweige denn die zu erreichen,

denen sie solidarisch zgedacht waren, ohne dass dies von den RZ nur einmal kritisch reflektiert worden wäre? Warum haben die Autonomen bis Hoyerswerda kaum einmal ihren traditionellen aktionistischen Arbeitsbereich übernommen, d.h. die Flüchtlingsheime vor Angriffen zu schützen?

Dazu müssen wir noch einmal einen Blick in die autonome Geschichtstruhe werfen: Dass die autonome Politik unzureichend war, war am Ende der Anti-AKW-Bewegung nicht mehr zu übersehen. Mit der weitgehenden Integration der Grünen und der Alternativbewegung in das politische System war der nationale Bezugsrahmen der Autonomen verschwunden. Die Befreiungsbewegungen im Trikont stagnierten und wiesen z. T. reversionistische Tendenzen (z. B. in Nicaragua) auf. Wollten die Autonomen weder einen richtigerweise unmöglichen Rückgriff auf alte politische Bezüge wie die SU oder die ArbeiterInnenklasse versuchen noch ihre eigene Politik radikal in Frage stellen, blieb nur noch ein revolutionäres Subjekt, das die BRD-Linke in den letzten 20 Jahren nicht ausprobiert hat: die verelendeten, aber unorganisierten Massen des Trikont und mittlerweile Osteuropas. Das Sympathische an ihnen war zudem, dass ihre Struktur der der Autonomen sehr nahe schien: ohne jegliche Organisation, daher nur zu spontanen Aufständen oder individuellem Verweigern fähig, ohne historisches Bewusstsein und lang-

fristige Konzepte agierend. Der autonome Operaisten-Flügel setzte dem noch eins drauf und kreierte den sogenannten „Neuen Antiimperialismus“. Detlef Hartmann u. a. begingen dabei den verhängnisvollen Fehler, nicht mehr die eigene Praxis kritisch zu betrachten, sondern sich das Bild von der Wirklichkeit nach der eigenen Praxis zu machen, so dass die verelendeten, unbewussten Massen zur eigentlichen Triebfeder der Geschichte wurden. (Zur näheren Kritik der „Materialien für einen Neuen Antiimperialismus“ finden wir auch die Broschüre „Mit den überlieferten Vorstellungen radikal brechen“ der Autonomen Studis/Bolschewiki aus Freiburg interessant.)

Die mangelnde autonome Theoriebildung ermöglichte es den Hartmannisten, diesen Unfug ohne größeren Widerspruch monatelang, z. B. in der IWF-Kampagne oder der Berliner Vorbereitung bzgl. Golfkrieg (z. B. Interim-Sondernummer) verbreiten zu dürfen. Besonders bedauerlich ist, dass sie ihre Thesen nach aktuellen Ereignissen, die sie hätten widerlegen können, nicht überprüft haben. Wenigstens die abstruse These, dass Jelzin im Moskauer Putsch nur der Kasper der sowjetischen Massen gewesen sei, hat noch eine Gegenmeinung gefunden (siehe Interim). Ansonsten ist der Hartmannismus eine Tendenz, die je mehr sie sich durchsetzt, bewirkt, dass die

Autonomen jenseits von Gut und Böse dastehen. Natürlich ist Flüchtlingsarbeit bitter notwendig.

Der Schutz vor Anschlägen ebenso wie Rechtsberatung und Pressearbeit. Dies, weil Linke immer die Aufgabe haben, gesellschaftliche Brüche wahrzunehmen, Unterdrückte zu unterstützen und zu ihrer Selbstorganisation beizutragen. Da sich die Flüchtlinge aber als revolutionäres Subjekt ausgeguckt wurden und dafür nicht einmal Fakten angeführt werden können, weil völlig im Unklaren bleibt, wie sie von der Klasse „an sich“ zur Klasse „für sich“ werden können, wird

- die Kampagne baden gehen und
- sich zuvor ein instrumentelles Verhältnis zu den Flüchtlingen einstellen.

Vielleicht hat der Vorwurf des Rassismus und Eurozentrismus gegen die Autonomen hier einen Teil seiner Ursache. Schlimm ist nur, dass der Subjektivismus sie daran hindert, diesen Vorwurf als einen inhaltlichen an die eigene Theorie und Praxis zu begreifen, sondern wieder nur als Bezug auf individuelles Fehlverhalten interpretiert werden kann, die Tübinger Unterstützungsgruppe schreibt z. B.: „Als unser Bioeintopf nicht ankam, merkten wir, dass auch wir so etwas wie Dankbarkeit erwartet hatten“ (Interim 150, radikal 143). Wir glauben, dass dies lediglich Folge ihres instrumentellen Verhältnisses zu den Flüchtlingen

sowie der Ghattobildung und des sich selbst als politische Elite Begreifens ist. Wer andere instrumentalisiert als Rettungsanker in der eigenen politischen Not, hat kein Interesse an ihnen. Das führt halt dazu, gar nicht auf den Gedanken kommen zu können, dass der beliebte Volkkücheneintopf anderen nicht schmecken könnte – und es erklärt auch, warum manche autonome Flüchtlingsgruppen glauben, ohne Kontakt zu Flüchtlingen arbeiten zu können.

Die Flüchtlingskampagne ist vermutlich der letzte Rettungsanker der Autonomen: Danach bleibt ihnen nur, wie es sich jetzt schon andeutet, sämtliche Theorie- und Praxisansätze der letzten 10-20 Jahre, zu einem unsäglichen Brei von beliebig zu verwendenden Versatzstücken zu verwursten.

Die Folgen sind aber noch schwerwiegender. Die Hinwendung zu einer rein internationalistischen Politik, wie sie die RAF bereits Anfang der '70er Jahre begonnen hat, ist das Eingeständnis, auf die Widersprüche im Land keine Antworten mehr zu haben und auch keine mehr haben zu wollen. Zwei Jahre hat die BRD-Linke es kaum für notwendig gehalten, mit den Menschen in der Ex-DDR eine gemeinsame Politik zu versuchen. Lediglich zum Faschoklatschen taucht sie dort auf. Ein reiner Abwehrkampf gegen Rassismus und Faschismus wird aber zum Scheitern verurteilt sein.

Internationalistische Politik basiert auf Politik im nationalen Rahmen und an den Widersprüchen im eigenen Land, genauso wie Solidarität auf dem Versuch der subjektiven Emanzipation basiert. Die autonome Theorie zur Flüchtlingskampagne legitimiert damit im Nachhinein auch das eigene, selbstgewählte Ghetto im Sinne einer Self-Fulfilling-Prophecy: Erst macht man/frau kaum Politik mit den Deklassierten im eigenen Land, woraufhin sich diese immer nach rechts wenden, womit dann wieder Argumente gegeben sind, nichts mit ihnen versuchen zu wollen.

Einige Antworten auf Liselotte Pulver und Herr Hübel

Auf Herrn Hübel wollen wir nur an zwei Punkten eingehen, wo er unseres Erachtens nicht nur polemisiert, sondern weiter verbreitete Einstellungen vertritt. Ansonsten scheint er unter jener (typisch deutschen?) Intellektuellenfeindlichkeit zu leiden, unterschwellig mit dem beliebten Vorwurf gekoppelt, wir würden von der Schreibmaschine herab die Aktiven betrachten und selbst nichts Praktisches machen.

Ach Herr Hübel...

Um sich jedoch noch etwas Respektabilität zu verschaffen muss sich der gepeinigter Leser am Schluss noch einige Sätze des Gründers der KPI anhören, die sich in den '60er und '70er Jahren genügend mit der italienischen Autonomia-Bewegung

geprägt hat: Erstens kann Herr Hübel als Kommunismesser nicht mehr zwischen der KPI der '20er Jahre und der des „historischen Kompromisses“ mit der Christdemokratie der '70er Jahre unterscheiden: Und zweitens verkennt er dabei, dass gerade die Gramsci-Rezeption eine wichtige Rolle im Aufbau einer Linken jenseits der KPI gespielt hat.

„Dass die Autonomie kein widerspruchsfreies, homogenes Gebilde ist, sondern ein bunter Haufen, der sich zudem ständig im Wandel befindet, gegen Repression aber relativ unanfechtbar ist und trotzdem Kontinuität, eine kontinuierliche Politik zustande bringt, empfinde ich gerade als Stärke.“

Wir haben zuvor schon einmal einiges dazu gesagt, wollen hier aber nochmal betonen, dass Herr Hübel hier dem Fehler aufsitzt, den äußeren Schein der Autonomie mit dem inneren Sein zu verwechseln. So glauben wir, dass sich außer den jeweiligen Modethemen und der weitgehenden Auswechslung der KämpferInnen nicht viel wandelt: Und dass die Repression zwar nicht oder kaum, die Autonomen als solche zerschlägt (aber dies hat nichts mit der Organisationsform zu tun, siehe die massenhafte Einknastung der italienischen Autonomia), aber die einzelnen Autonomen in einer Härte trifft, die gerade in Ermangelung einer Organisation kaum aufgefangen werden kann.

Zu Lieselotte Pulver ist es schwieriger, etwas zu entgeg-

nen, da sie in einer immanenten Logik durchaus recht hat. Da prallen zwei Weltbilder in der Herangehensweise aufeinander, die es schwierig machen, sich zu verstehen. Richtig ist auf jeden Fall, dass es „einem faktischen K. O. in der 100. Runde gleich“ käme, würden wir jetzt alle linken Gruppen an einem runden Tisch versammeln, und eine gemeinsame Analyse und Strategie ausarbeiten wollen. So würden sich alle doch nur ihren alten Senf gegenseitig um die Ohren hauen wollen. Ohne eine Bereitschaft, die eigenen Positionen radikal zu hinterfragen, hat dies tatsächlich keinen Sinn.

„Deine Kritik, die Themen Flüchtlinge, Umstrukturierung wären als Reaktionen auf Reformismusangst von Linksradikalen besetzt worden, ist echt frech. Solidarische Kritik heißt für mich, die Menschen erstmal wenigstens zu fragen, als einfach Behauptungen in die Welt zu setzen.“

Natürlich sind die Themen nicht bewusst aus diesem Grund besetzt worden. Das ist aber auch gar nicht unser Kritikpunkt. Nur: Da die autonomen Strukturen keine bewusste Planung ermöglichen, sie also nur unbewusster Reflex auf die herrschenden Bedingungen sind, ist es für eine politische Einschätzung vollkommen belanglos, nach den Motiven der Einzelnen zu fragen, da diese mit der praktischen Politik nicht viel zu tun haben. Kritik hat dann vielmehr die Aufgabe herauszufinden, warum sich in dieser

oder jener Situation zwangsläufig jene neue Linie entwickeln musste. Wir behaupten nichts weiter, als dass die Autonomen unbewusst das Richtige getan haben, wollten sie als Autonome überleben, nämlich nach '86 die Themen besetzt haben, auf die noch nach autonomer Art Politik gemacht werden konnte.

Wie weiter?

Nun ist es nicht so, dass wir hier nur pure destruktive Kritik leisten wollen und keine eigenen Ideen hätten. Wir können zwar – und das ist auch gut so – kein perfektes Modell für die revolutionäre Linke der BRD der '90er Jahre entwickeln, aber wir hätten zumindest einige konkrete Vorschläge für die nächsten Schritte:

- Bestandsaufnahme linker Politik in der BRD und die Bereitschaft, die eigenen Ansätze (nicht revolutionäre Politik an sich) radikal zu hinterfragen
- ebenso Überprüfung linker Theorie der letzten 150 Jahre auf ihre Brauchbarkeit insbesondere nach dem Scheitern des „realen“ Sozialismus und des Stagnierens der neuen Entwürfe linker Politik seit Anfang der '60er Jahre
- Bereitschaft, eine Organisationsdebatte zu führen und

ebenso die Bereitschaft, Politik wissenschaftlich und nicht emotional zu begründen

- dabei gleichzeitiges Drinbleiben und Ausbauen der Arbeit in den Teilbereichen, in denen tatsächlich Kontakte zur Außenwelt bestehen und die nicht lediglich wieder in einem halben Jahr vergessene Modethemen sind.

Fraglich ist aber, ob wir uns mit unseren Ideen nicht etwas husten können. Ob also nicht genau der Subjektivismus, der politische Aktionen unabhängig von gesellschaftlichen Bedingungen produziert, ein Erkennen der Notwendigkeit der Änderung linker Politik verhindert: ob unsere Diskussion nicht damit als überflüssig abgetan und uns der Verrat-Vorwurf gemacht wird. Dies wird die Diskussion, so sie zustande kommt, zeigen.

Heinz Schenk

„Erwarte keine andere Antwort als die deine!“

Brecht

ZAUH (Zirkel autonomer HäretikerInnen)

Liebe JenossInnen,

„Was wir haben können, reicht uns nicht – und was wir haben wollen, gibt's noch nicht.“

Schon seit längerem stellen wir fest, dass die autonome Szene nicht wirklich unser Zuhause ist, wir meistens nur aus Ermangelung einer Alternative dort weitermachen wie bisher.

Vom Ghettocharakter, der Erfolglosigkeit und dem Militanzfetisch über oft falsche Theorie und der Unverbindlichkeit bis

hin zu den persönlichen Frustrationen in einer in sich unbeweglichen Szene, die das Aufkommen einer wirklichen Kollektivität über den Tellerrand des eigenen gerade vorhandenen (?) Zusammenhangs nicht nur nicht fördert, sondern regelrecht verhindert – es gibt zahlreiche Erfahrungen, die wir als Beleg dafür nennen könnten.

Das Seltsame war und ist, dass wir mit dieser Kritik nie allein waren. Fast alle, die nicht im Herzen der Bewegung sitzen, kritisieren wie wir die fehlende

Transparenz von Entscheidungsprozessen.

Einige davon haben resigniert, andere wurschteln ohne was zu sagen weiter – obwohl sie (wir) eigentlich vieles grundlegend falsch finden. Sie (wir) tun dies, weil es eben außer der Interim nicht einmal ein Forum für die Kritik und damit Weiterentwicklung der „Bewegung“ gibt.

Es war die zweitschmerzvollste Erfahrung der letzten Jahre, dass die zahllosen Anstöße, die von den verschiedensten Seiten zur autonomen Bewusstseins-

bildung und „Organisierung“ gemacht wurden, sämtlich leer verpufft sind – vielleicht nicht ohne Konsequenzen einzelner, aber ohne Folgen in der politischen Praxis und den Strukturen auch nur nennenswerter Teile der „Autonomen Bewegung“. Fakt ist, dass sich in den letzten 6 bis 7 Jahren die Autonomen so gut wie gar nicht entwickelt haben, die Fragen und Probleme die gleichen geblieben sind, ja, noch nicht einmal vom Großteil der Leute wahrgenommen werden.

Wir glauben immer mehr, dass das nicht übermäßig mit unserer Unzulänglichkeit zu tun hat (nach dem Motto: „Wir sind halt so verschieden“), sondern mit den Strukturen als solchen. Deshalb sind wir inzwischen auch davon überzeugt, dass Veränderungsvorschläge scheitern müssen, solange sie „immanent“, das heißt innerhalb dieser Strukturen vorgetragen werden. Vielleicht gilt das Trägheitsgesetz konservativer Dorfgemeinschaften eben auch in den (ebenso von der Außenwelt isolierten) Dorfgemeinschaften einer subkulturell definierten politischen Bewegung, wie es die Autonomen sind.

Die undenkbbare Alternative

Trotzdem scheint niemand außerhalb des bestehenden Dreigestirns „Autonome - Antiimps - klandestiner Mythos (RAF, RZ)“ denken zu können. Und das war die schmerzvollste Erfahrung der letzten Zeit: dass anscheinend eine ganze

Generation von jungen Linken auf Kritik an bestehenden Zuständen nur noch mit immer der gleichen Frage antworten kann: „Kannst du dir etwas anderes vorstellen?“ Das „klar, mensch!“ bleibt uns immer öfter im Halse stecken. Wir haben aufgegeben weiterzudenken und sind dabei, in der herrschenden Ordnung als bewegungsloser Bestandteil aufzugehen. Defätismus als Ideologie der Unterwerfung. Den Trennstrich, den wir ziehen wollen, empfinden wir deshalb nicht als klugscheißerische Abgrenzung zu den GenossInnen, die weitermachen wie bisher, sondern als Ausbruchversuch aus unserer eigenen Phantasielosigkeit.

Nicht, weil wir alles, was die Autonomen machen und gemacht haben, für falsch halten, sondern, weil die Strukturen, so wie sie sind, ganz offensichtlich die Vorstellungskraft für andere Arten der politischen Arbeit und damit die wichtigste Eigenschaft der Linken blockieren: ihre Anpassungsfähigkeit (nicht mal so sehr in den Themen, sondern in Theorie, Analyse und Praxis). Natürlich wissen wir auch nicht genau, wohin die Reise aus den Autonomen heraus hinführen soll. „El camino se hace andando“, und das können wir nur gemeinsam.

Die folgenden Punkte sind deshalb nicht mehr als Anregungen dafür, wo unsere Diskussion ansetzen könnte – andere Punkte von Euch können und sollen dazukommen.

1. Gegen die Bewusstseinslosigkeit

Unserer Meinung nach müsste am Anfang der Auseinandersetzung die kritische Aufarbeitung unserer politischen Geschichte stehen. Eines der Grundprobleme der Szene ist es ja gerade sich selbst nicht zu kennen, das heißt, die eigenen historischen Wurzeln und die Herkunft der selbst verwendeten Theorieversatzstücke kaum wahrzunehmen.

Z. B. Detlef Hartmann: Obwohl der Spontanitätskult, die Brotrevoltentheorie, die Substanzfetischisierung einige der konstituierenden Elemente autonomen „Bewusstseins“ sind und in den verschiedensten Variationen auftauchen, hat sich nur ein minimaler Teil der Szene mit Hartmann auseinandergesetzt, ja, weiß der Großteil der Szene nicht einmal, dass die eigene Linie mit bestimmten Theorien der '70er eng verstrickt ist. Oder Karl Marx: Der geschmähte Philosoph wird von der Szene schon fast dogmatisch abgelehnt, (die meisten ziehen ihn sich dann mehr oder weniger „heimlich“ an der Uni rein, wo er „praxisfern“ und damit ungefährlich ist), einzelne Elemente wie Verelendungstheorie aber werden gerne und zusammenhanglos mitverwendet.

Das Kernproblem ist einfach, dass die AktivistInnen dieser Jugendkultur glauben, alle Erfahrungen für sich selbst machen zu können – auch ohne

die Kenntnisse von Geschichte und schon oft in der Geschichte geführten Diskussionen. Aus dieser Herausgelöstheit der Aktiven aus jedem Kontext erklärt sich dann auch der Lieblingsfetisch der Autonomen: die „Buntheit“ – in Wirklichkeit ein ziemlich seltsamer, vereinssamer Superindividualismus. Unsere Kritik an den Autonomen finden wir selbst fragmentarisch und an vielen Stellen zu platt. Die Kritik aufs Heinz-Schenk-Papier war sicherlich nicht falsch. Unsere Kritik der Autonomen muss klischeehaft bleiben, so lange wir selbst nicht mehr als ein Klischee der Autonomen analysieren können – aber genau deswegen brauchen wir die Auseinandersetzung mit mehr Leuten über das Thema. Die Ausweitung der Diskussion auf andere Teile der Linken (DDR, K-Gruppen, ausländische Organisationen – je nach Erfahrungshintergrund) fänden wir sinnvoll. Wenn WIR vor allem über die Autonomen reden, hat das mit UNSERER Geschichte zu tun und ist keine Anforderung an Euch, die Ihr vielleicht andere Bezugspunkte habt.

2. Theorie und Praxis

Diese Frage ist unserer Meinung nach der Knackpunkt bei der BRD-Linken in den letzten zwei Jahrzehnten. Theorie und Praxis stehen sich fast immer, und das trotz anderer Lippenbekenntnisse, als unversöhnliche Gegnerinnen gegenüber. LaberInnen und AktivistInnen befinden sich im

harten Konkurrenzkampf gegeneinander (selbst, wenn dann viele Leute eigentlich beides sind), wobei dann keine der beiden Seiten es schafft, über ihr Gebiet wirklich mal hinaus zu kommen:

Weder kommen die LaberInnen über eine sinnlose Debatte um Begrifflichkeiten hinaus, noch entwickeln die AktivistInnen Formen der (legalen oder illegalen) Aktion, die der revolutionären Bewegung strategisch nützen könnten. Auf beiden Seiten bleibt es bei Scharmützeln jenseits der gesellschaftlichen Realität.

Das dialektische Verhältnis von Reden-Nachdenken-Kämpfen-Organisieren wird von der Linken vielleicht oberflächlich verstanden, aber nicht wirklich begriffen.

Dass es in revolutionären Prozessen jahrelange Vorbereitungs- oder Diskussionsphasen gibt (die guatemaltekeische ORPA bereitete 10 Jahre lang den bewaffneten Kampf vor, ETA war von 1959 bis 1967 fast ausschließlich eine illegale Diskussionsgruppe), nimmt die Linke bis heute viel zu wenig wahr.

Die Folge davon ist Polarisierung in einen „akademischen“ und einen „militaristischen“ Standpunkt, unter Beibehaltung der gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit und Isolation. Die Lösung des Problems wird innerhalb wie außerhalb der Autonomen schwer sein, es ist ja schließlich ein grundsätzliches Problem der Linken. Aber

good old Charly sagt auch: Die richtige Fragestellung beinhaltet die Antwort schon in sich.

3. Für „organische Intellektuelle“

„Gibt es eine wirkliche philosophische Bewegung nur in Form einer spezialisierten Kultur für begrenzte Gruppen von Intellektuellen, oder ist sie nur dann wirklich eine philosophische Bewegung, wenn sie während der Erarbeitung eines wissenschaftlich kohärenten, dem Alltagsverstand überlegenen Denkens nie vergisst, mit den ‚Einfachen‘ in Kontakt zu bleiben, und gerade in diesem Kontakt die Quelle für die zu untersuchenden und lösenden Probleme sieht? Nur durch den Kontakt wird eine Philosophie ‚geschichtlich‘, reinigt sich von den intellektualistischen Elementen individueller Natur und wird Leben.“ (Gramsci, Philosophie der Praxis)

Die Autonomen würden sicherlich leugnen, „Intellektuelle“ zu sein, auch wenn bei Gramsci „Intellektueller“ jeder politisch organisierende Mensch ist. Ansonsten aber trifft das Zitat durchaus auf sie zu, z. B. in ihrem Gerede über die „Klasse“, die „Jungprolls“, die „Türkinnen“, mit denen sie nicht einmal ansatzweise bereit sind, den Alltag zu teilen. Eine Gesellschaft vom eigenen Standpunkt aus abstrahierend zu verändern, heißt vor allem, sie zu kennen und von den Subjekten dieser Gesellschaft

ernstgenommen zu werden. Das kann mensch natürlich nicht als subkulturell isolierter Fremdkörper, sondern nur als „organisches Teilgeschehen“ dieser Gesellschaft.

Wir meinen mit „organisch“ in diesem Zusammenhang im Übrigen auch gar nicht unbedingt, dass die Linke jetzt nach dem Vorbild der K-Gruppen Anfang der '70er Jahre eine „proletarische Wende“ vollziehen sollte.

„Organisch“ kann auch bedeuten, sich als Teil dessen zu begreifen, wo mensch sich gerade befindet: Viele von uns sind Studis, leben in normalen Mietshäusern und müssen jobben aber wie viele von uns finden den Widerstand gegen die Unireform, die Mieterhöhungen oder MieterInnenaktivitäten? (allesamt im Endeffekt natürlich „reformistisch“) mehr als nur verbal wichtig?

In der manchmal nur subtil auftretenden Verachtung der „Normalos“ schwingt (genau wie im Prolet-, Türkengang-, Flüchtlingskult) ein elitäres Bewusstsein mit, dessen sich die Autonomen nicht bewusst sind. Die Linke sieht sich selbst als „Außenstehende“ und befindet sich damit in der schlimmsten „leninistischen“ Tradition. Der revolutionäre Prozess ist aber kein Überstülpen geschichtlicher „Wahrheiten“ über eine vorhandene Gesellschaft, sondern das Zusammenfinden der unterdrückten Subjekte. Für uns bedeutet das: Wir brauchen mehr Offenheit ge-

genüber der (schwer erträglichen) Realität.

4. Organisation

Die autonome Organisationsfeindlichkeit ist eine Krankheit, auch wenn sie historisch vielleicht verständlich ist: Auf die K-Gruppen der '70er Jahre, deren mechanistische Vorstellung vom Aufbau führender Arbeiterparteien ungefähr so viel Lebenslust und Kreativität ausstrahlte wie ein Totensonntag in Altötting, war die Beibehaltung der wildentstandenen Zersplitterung keine schlechte Antwort.

Aber wie schon x-mal in der Linken ist die Antwort auf eine besondere historische Situation zur allgemeingültigen Regel verklärt worden.

„Da Organisationen zwangsläufig so aussehen müssen wie die autoritären, monolythischen Parteien der verschiedensten kommunistischen Traditionen, brauchen wir darüber nicht reden“, heißt das platte Statement der Szene zum Thema.

Natürlich haben die OrganisationsfeindInnen auf die Frage, wie ein revolutionärer Prozess ohne einigermaßen effizient koordinierte Arbeit in Gang kommen soll, keine Antwort. „Irgendwie“ (ist sowieso das unsäglichste Modewort unserer Zeit) werde es sich schon ergeben. Hat es sich in der Geschichte bloß noch nicht. Genausowenig denken die gleichen GenossInnen darüber nach, dass in einer atomisierten gesellschaftlichen Realität der

sammelnde, kollektivierende Charakter einer demokratischen Organisation einen ganz anderen Stellenwert haben kann als in den frühen '70ern, als die Gemeinschaftlichkeit in der Jugendbewegung als eine Grundstimmung bereits vorhanden war.

Und nicht zuletzt haben sie natürlich auch keine Ahnung davon, dass Parteien, Fronten, Organisationen gesellschaftlichen Prozessen unterworfen sind und deshalb natürlich ihr Gesicht und ihr Wesen ändern können. Es gibt neben den leninistischen Kaderparteien und den parlamentarischen Parteiapparaten eine Unzahl von Optionen.

Das Modell in der Schublade haben wir dazu natürlich auch nicht. Deshalb wollen wir jetzt auch nicht die Forderung nach einer „neuen revolutionären Organisation“ mit möglichst wohlklingendem Namen aufstellen, sondern wir verlangen, dass die Diskussion über die Organisationsfrage enttabuisiert wird, und zwar als eigenständige Debatte, die sich explizit NICHT mit der Organisation der Autonomen nach der alten Hausordnung, sondern mit einem neuen Projekt außerhalb der bestehenden Strukturen beschäftigt. Politische Organisation ist ein bewusster Schritt, und damit bereits an und für sich eine Abstraktion gesellschaftlicher Verhältnisse. Soll heißen: Um sich zu

organisieren, muss mensch zwangsläufig vorausdenken, neuschöpfen: Ein Zusammenquetschen des jetzigen Zustands in ein neues Korsett ohne Änderung der Grundbedingungen reicht nicht.

Das Letzte!

Das sind unsere Vorstellungen zum Thema, keine verbindlichen Leitlinien, sondern unser

Diskussionsvorschlag. Wir hoffen, dass wir uns demnächst zu zehnt oder fünfzehnt mal im engeren Kreis zusammensetzen können, um uns das weitere Vorgehen zu überlegen. Ziel sollte unserer Meinung nach sein, in absehbarer Zeit einen OFFENEN und VERBINDLICHEN Zusammenhang zu schaffen.

Bis dahin müssten wir uns auf einige Eckpfeiler geeinigt haben,

damit offene Treffen nicht zur wahllosen und peinlichen Zusammenkunft der Unzufriedenen werden.

Ein Genosse hat vorgeschlagen, so bald wie möglich an einer Art „Statut“ – einem festgehaltenen Selbstverständnis – zu arbeiten. Wir finden die Idee nicht schlecht, da müssten wir aber gemeinsam drüber reden.

Bis baldo

Noch ein ketzerisches Papier

In den letzten Nummern der *Interim* sind verschiedene Papiere von Heinz Schenk veröffentlicht worden, leider ohne dadurch eine intensive Diskussion angeschoben zu haben – wenigstens, was die Resonanz in der Interim betrifft, wenn man von der plumpen Polemik der Redaktion oder der hilflosen Zustimmung Roy Blacks absieht, der meint, konkret noch Dinge verändern zu können.

Seine Begründung, dass eine andere Kraft jenseits der Autonomen nicht in Sicht ist, ist charakteristisch für alle Autonomen, mit denen ich bisher über die Heinz-Schenk-Papiere diskutiert habe und die der Kritik „im Prinzip zustimmen“. Das Prinzip dieser Kritik liegt aber gerade darin, die Notwendigkeit einer nicht mehr „autonomen“, revolutionären Politik zu begründen. Diese Notwendigkeit wird aber von den meisten oft aus Unsicherheit („Mit wem wollt ihr

das denn machen?“) oder aus Traditionalismus geleugnet. Ich möchte versuchen, diese Notwendigkeit noch einmal deutlich zu machen, und zwar anhand der „autonomen Prinzipien“, die ein Genosse in der Interim 165 zusammengestellt hat und die wesentliche Teile der autonomen Ideologie gut kurz umreißen (denn sie haben trotz ihrer Heterogenität eine gewisse Ideologie, auch wenn sie das gern leugnen):

I. „Keine Zusammenarbeit mit Bullen, Medien, Parteien und dogmatisch autoritär bis stalinistisch orientierten Gruppen.“ Dieses Gebot resultiere, so der Genosse, aus „der klaren Erkenntnis von den Machtstrukturen dieses Systems“. So klar kann die Erkenntnis aber nicht sein, wenn die Bullen als strukturelle Gewalt aufgefasst werden, „genauso wie Gropiusstadt etc.“. Die Bullen sind aber gerade der handgreiflichste Teil (an Knüppel muss

ich hier wohl keinen erinnern) des Repressionsapparates, den die herrschende Klasse zur Absicherung ihrer Interessen gebraucht. Die Gropiusstadt stellt andererseits die Umsetzung der Warenideologie des Kapitalismus dar: Sie ist einer der praktischsten und billigsten Wege, die Ware Arbeitskraft (also Menschen!) aufzubewahren – ein Teil der „strukturellen Gewalt“ also, wenn mensch diese Begriffe unbedingt verwenden will, denn sie erklären letztlich das kapitalistische System überhaupt nicht.

Genauso wenig erklärt die Zusammenstellung der Institutionen, die der Genosse vorgenommen hat, sie entspricht höchstens dem allseits beliebten Schimpfwort „Schweinesystem“. Während RevolutionärInnen natürlich nicht mit dem Repressionsapparat zusammenarbeiten können, sollten sie Widersprüche, die es im bürgerlichen

Lager (z. B. bei den Parteien oder in den Medien) gibt, durchaus für sich ausnutzen. Das tun teilweise auch die Autonomen, ohne das allerdings in eine Strategie einzubetten: Z. B. ist die „taz“ bei aller Lügenberichterstattung durch die Heterogenität ihrer MitarbeiterInnen und ihrer LeserInnen immer noch brauchbare Infrastruktur für viele autonome Aktivitäten, oder die AL lange Zeit eine Bündnispartnerin bei der Durchsetzung konkreter Forderungen gewesen. Die moralische Abgrenzung ersetzt aber in der autonomen Debatte allzu oft eine auf Analyse basierende Ablehnung bzw. taktische Zusammenarbeit. Einerseits werden also moralische Prinzipien aufgestellt (für einen anderen, den kulturellen Bereich hat Heinz Schenk das schon prima erklärt), andererseits sagt unser Genosse:

2. „Wir begreifen uns nicht als AufklärerInnen, PropagandistInnen und BesserwiserInnen. Das heißt, dass wir keine StellvertreterInnenpolitik und -kämpfe führen.“

Das elitäre Bewusstsein der autonomen Szene hat Heinz Schenk schon genug auseinandergenommen. Die Tatsachen – der geradezu moralische Zeigefinger auf die oft so genannten „Normalos“ und auch auf die GenossInnen, entlarven diesen Punkt genau als das verhasste Wort: Propaganda. Propaganda haben die Autonomen immer betrieben, und RevolutionärInnen werden sie

in einer Gesellschaft, in der das Kapital in allen Lebensbereichen die kulturelle Hegemonie hat, wo der Mensch nur als austauschbare Ware bzw. als Warenkäufer etwas „wert“ ist und dieses von der Masse in den imperialistischen Zentren widerspruchslos akzeptiert wird, auch immer nötig haben.

Was revolutionäre Propaganda aber von dem autonomen Missionsdrang, wie es Heinz Schenk ausdrückte, unterscheiden muss, ist, dass sie die unterschiedliche Realität/das Bewusstsein der Menschen nicht nur erkennt, sondern auch respektiert. Ein RevolutionärIn sollte durchaus Menschen lehren, aber gleichzeitig immer bereit sein, von ihnen zu lernen, denn er/sie hat ja auch als RevolutionärIn nur einen bestimmten Erfahrungsschatz und auch von seiner/ihrer sozialen Realität bestimmtes Bewusstsein (viele Autonome sind z. B. KleinbürgerInnen – ich auch –, auch wenn sie das ungern zugeben, es dafür aber umso lieber anderen zugeschrieben wird.)

3. „Unsere Kampfmittel und -methoden bestimmen wir selbst. Die Bandbreite misst sich immer an dem, was wir erreichen wollen, gemeinsam. Vom taktisch motivierten Verhandeln bis zur militanten Auseinandersetzung ist alles drin. Folgerichtig führen wir keine Gewaltdiskussionen, denn alle Widerstandsformen sind erlaubt, müssen sich allerdings auf gemeinsames Wollen hin ausrichten.“

Der Trotz, der aus diesem autonomen Dogma klingt ist unüberhörbar – der Behauptungswille des Militanzfetischs gegenüber den „Peacies“, da die Militanz mangels einer dialektischen Analyse der Realität und einer darauf aufbauenden revolutionären Strategie auch praktisch die einzig verlässliche Abgrenzung zum Reformismus verspricht.

Revolutionäre Politik wird immer Gewalt anwenden, aber das ist doch eine fundamental andere Gewalt als die repressive Gewalt des jeweiligen zu bekämpfenden Systems. Und um diese Erklärung werden wir nie herumkommen. Gewalt ist nur ein notwendiges Mittel in bestimmten Situationen zur Erreichung eines Ziels (und nicht das Ziel selbst) und als solches unterliegt es – wie alle anderen Bestandteile revolutionärer Politik auch – der Diskussion.

Ein revolutionärer Prozess wird schließlich nur dialektisch, d.h. durch Widersprüche und ihre Wirkung vorangetrieben – Diskussionen zu tabuisieren heißt immer, Widersprüche zu unterdrücken (wohin das führt, hat uns die UdSSR gezeigt). Aber natürlich sollen RevolutionärInnen bestimmen, mit wem sie diskutieren, mit wem sie zusammen kämpfen wollen: das hängt von den objektiven Verhältnissen ab, in denen sie leben und nicht von einem diffusen „Wollen“. Dieses „gemeinsame Wollen“ ist nämlich auch nur ein autonomer Mythos, auch wenn unser uns schon wohlbekannter Genosse meint:

4. „Es gibt kein Anerkennen von Hierarchien und FührerInnen“: Die Mutter dieses Gedankens/Dogmas ist die Organisationsfeindlichkeit der Autonomen, die sich Hierarchien und FührerInnen mit Vorliebe als böse KommunistInnen mit vielen Orden, einem ZK-Posten und langen Titeln vorstellen.

Das führt ganz einfach zu einem gigantischen Selbstbetrug: In der Praxis stehen ganz oben in der Autonomen Bewunderungs-/Mythologisierungsskala unausgesprochen aber ebenso unangefochten die bewaffneten KämpferInnen (RAF, RZ).

Mensch bedankt sich bei ihnen für einen gelungenen Anschlag (1989 an den Wänden der FU nach der Herrhausenexplosion), aber kritisiert die Strategie der HerolInnen nicht – allenfalls einzelne Aktionen oder Papiere.

Die Hierarchie innerhalb der Autonomen gibt es aber auch: Sie ist das genaue Gegenteil des kommunistischen Funktionärsfeindbildes, dafür aber nicht weniger wirksam. Man könnte diesen aktivsten, praktisch führenden Teil der Autonomen auch „Zentralen Klüngel“ (ZK) nennen, innerhalb der strukturalosen Szene gibt es Leute, die sich durch lange Arbeit Anerkennung erwarben. Ihr Wort gilt auf VVs, sie führen die für die Tagespolitik entscheidenden Diskussionen abgeschlossen und nicht im autonomen Medium Interim, Mensch kennt sie, aber Otto/Lisa DurchschnittsautonomeR kennt sie kaum (geschweige denn die Fraktionen, in die sie gespalten sind

– räumlich wie ideologisch). Sie bleiben meist ungreifbar, sind also auch nicht kritisierbar, ihre bevorzugte Antwort auf solche/meine Kritik ist: „Du bist doch auch Teil von etwas, du kannst doch auch wie ich...“

Irrtum, wenn mich noch kaum jemand kennt, kann ich nicht: Ich muss mich erst profilieren, erst Leistung zeigen (wie überall im Kapitalismus), bevor mir zugehört wird, individualistische Selbstbehauptung im personalen Geflecht des Klüngels statt kollektiver Lehr- und Lernprozess.

Und es bleibt dem Zufall überlassen, einmal Klüngelleute kennenzulernen, die einem/r ihre Erfahrung INDIVIDUELL vermitteln – in der kapitalistischen „Außenwelt“ sagen die „Normalos“ schlicht „Vitamin B“ zu sowas.

Selbstverständlich wird es immer in einer revolutionären Bewegung Menschen mit mehr Erfahrung geben und solche, die erst neu dazugekommen sind. Aber RevolutionärInnen müssen immer daran arbeiten, selbst kritisierbar/greifbar für die GenossInnen zu sein und müssen jüngere/neue Leute an die Übernahme von Verantwortung heranführen. Es geht RevolutionärInnen um Emanzipation und nicht um Profilierung und ein Hinter-den-Kulissen-Agieren in der eigenen Bewegung.

Der Satz „Wir brauchen Euren Mut und Ihr unsere Schlaueit“ charakterisiert das Dilemma, in das die Klüngelpolitik führt. Unterschiedliche Erfahrungen von Theorie und Praxis

werden hierarchisiert und nicht dialektisch in einem kollektiven Prozess verarbeitet.

Statt die Widersprüche auszutragen und wechselseitig voneinander zu lernen, um zu einer neuen, richtigeren Politik zu kommen, pisst mensch sich z. B. NACH so einer niederschmetternden Demo wie Hoyerswerda gegenseitig an, weil mensch schon längst nebeneinander her Politik macht und ein gemeinsamer Prozess immer schwieriger wird im allgemeinen Subjektivismus.

Funktionen von Menschen sind nicht prinzipiell schlecht, aber sie müssen durchschaubar und veränderbar sein – ein persönlicher Klüngel ist vielleicht dauerhafter als eine Parade von Titeln (um nicht missverstanden zu werden: Ich will beides nicht). Eine revolutionäre Bewegung sollte Menschen haben, die zu ihrer Verantwortung stehen (und diese auch wieder abgeben, wenn nötig) UND in ständigem Diskussionsprozess mit allen stehen (durch praktische Arbeit, durch Delegiertenstrukturen und die Medien der Bewegung). Doch dazu müssen die, die diese Aufgabe für grundlegend halten, etwas völlig Neues schaffen.

„Sie haben durch ihre entschlossene revolutionäre Haltung, ihre vorbildliche Tatkraft und ihre unverbrüchliche Treue dem internationalen Sozialismus wahrhaftig genug geleistet, was unter so verheerenden schwierigen Verhältnissen zu leisten war. Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not die Tugend

machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Strukturen fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.“ (Rosa Luxemburg)

Die russischen RevolutionärInnen, die Lenin-Trotzki, wie Rosa sagt, verbindet hier einiges mit

der BRD immerhin die einzige relevante radikale Kraft, die den deutschen Imperialismus nicht nur kritisiert, sondern auch immer praktisch zu bekämpfen versucht.

Aber sie haben es versäumt, aus ihrer Bewegung, die als radikale Ablehnung des gescheiterten K-Gruppen-Ansatzes der '70er begriffen werden kann, eine neue Organisationsform zu schaffen.

Systems vertuschen sie ihre Fehler (die ich selbst auch alle mitgemacht habe und teilweise noch mitmache), verteidigen ihr Mangelmodell und erheben es zum Vorbild revolutionären Handelns (siehe den Genossen aus der Interim 165). So weit erst mal.

Roberto Blanco

Autonome Studis Bolschewik

Einleitung

Es ist etwas schwierig, unsere Kritik, die wir an der real existierenden autonomen Bewegung haben, in einem kurzen Referat zusammenzufassen. Wer unsere Textsammlung gelesen hat, wird festgestellt haben, dass die Texte nur sehr schwer miteinander diskutiert werden können. Die Kritik, wie wir sie an der Autonomie (Neue Folge) geübt haben, hat z. B. wenig zu tun mit der Kritik autonomer Bündnispolitik. Wir hatten ungemaine Schwierigkeiten, autonome Theorie und autonome Praxis so zu kritisieren, dass es sich um ein und dieselbe Kritik handelt,

dass die Fehler der Theorie auf die der Praxis verweisen und umgekehrt.

Diese Schwierigkeiten, die autonome Bewegung in ihrer Einheit von Theorie und Praxis zu kritisieren, haben allerdings ihren Grund nicht nur in unserer subjektiven Unfähigkeit. Die Trennung von Theorie und Praxis ist eine Realität innerhalb der autonomen Bewegung. Wer letztes Jahr auf den Bremer Internationalismustagen war, konnte die völlige Trennung von Theorie und Praxis – oder besser die von TheoretikerInnen und PraktikerInnen bis ins Groteske gesteigert erleben. Veranstaltet wurden

die Tage von Leuten aus dem Umfeld der Autonomie bzw. der Materialien für einen neuen Antiimperialismus.

Die TheoretikerInnen hatten gerufen und die Bewegung war gekommen: Die einen hielten ellenlange Referate, die anderen hörten mehr oder minder geduldig und schweigend zu. Die Ausführungen etwa über die Entstehung und Organisation der IWF-Riots in Brasilien riss keinen der Zuhörenden vom Hocker. Und manchem wird wohl mehr als einmal die Frage durch den Kopf geschossen sein: „Was soll der Scheiß?“ Natürlich, die gern zitierte Behauptung,

ohne revolutionäre Theorie gäbe es keine revolutionäre Praxis, schwirrte wohl den meisten Zuhörenden durch die Birne und mahnte zur Geduld mit den ReferentInnen. Doch wie die Ausführungen der Theoriecracks den praktischen Kampf voranbringen sollten, konnte sich niemand so recht vorstellen.

Und tatsächlich, als es dann endlich um die Frage ging: „Was machen wir eigentlich im September in Berlin?“ – da konnten die TheoretikerInnen nur hilflos die Schultern zucken und hoffen, dass den PraktikerInnen etwas einfällt und dass diese die Sache ordentlich vorbereiten würden. Unbefriedigend war das natürlich für beide Seiten – genauso unbefriedigend wie in unserer Broschüre die Trennung der Kritik der autonomen Theorie auf der einen und der autonomen Praxis auf der anderen Seite ist. Wir wollen versuchen, in dieser Veranstaltung die Kluft zu überbrücken.

Es geht hier also um den Versuch zu klären, auf welche Weise in der autonomen Bewegung Theorie und Praxis vermittelt sind.

Gerade in dieser Weise der Vermittlung, so unsere These, über die nachher diskutiert werden soll, liegt das große Problem der Autonomen. Und nicht nur der Autonomen, weil hierin überhaupt das Dilemma revolutionären Handelns in den imperialistischen Metropolen beim augenblicklichen Stand der Klassenkämpfe liegt.

Theoria vulga autonoma **- die gemeine autonome Theorie**

Gehen wir von der bekannten Erscheinung des bzw. der Durchschnittsautonomen aus. Natürlich, eineN derartigeN DurchschnittsautonomeN gibt es nicht: Und alles, was man über ihn bzw. sie aussagt, kommt schnell in den Ruf, Karikatur und wüste Polemik zu sein.

Und in der Diskussion wird dann dieses oder jenes Gegenbeispiel erwähnt, bei dem natürlich alles ganz anders ist. Trotzdem: Ohne Verallgemeinerungen, die sicherlich den durch sie charakterisierten Menschen Unrecht tun, ohne derartige Verallgemeinerungen kann nicht vernünftig diskutiert werden: Sonst artet nämlich jede Diskussion in ein reines Anekdotenerzählen aus. Und derartiges Anekdotenerzählen ist durchaus charakteristisch für Diskussionen in der autonomen Bewegung: Dem wollen wir hiermit gleich einen Riegel vorschieben.

Deshalb: Wenn wir also im Folgenden die Vorstellungen und die Praxis autonomer KämpferInnen darstellen, dann mag das zum Teil überspitzt erscheinen, aber in dieser Überspitzung drückt sich eine Wahrheit aus, die nicht durch endloses Anekdotenerzählen zugekleistert werden kann. In der Kritik an der autonomen Bewegung wird viel über die Theorielosigkeit der Bewegung gejammert. Doch wenn mensch

eine Kritik an der autonomen Bewegung auf diese Art und Weise anfängt, ist die Falle schon zugeschnappt, die durch das spezifische Verhältnis von Theorie und Praxis aufgestellt ist.

Unser Vorwurf ist es nicht, dass die autonome Bewegung theorieelos sei – im Gegenteil.

Es gibt vielmehr eine ziemlich klar umrissene autonome Theorie, deren großer Fehler es ist, gar nicht so explizit als Theorie bewusst zu sein und die deshalb so unendlich schwer zu kritisieren ist. Was meinen wir damit? Keineswegs meinen wir damit die verschiedenen theoretischen Versuche, wie sie etwa von der Wildcat oder der Autonomie hervorgebracht wurden. Sondern damit meinen wir das ganz normale autonome Durchschnittsbewusstsein, das selbst eine Form der Theorie ist. Obwohl dieses autonome Durchschnittsbewusstsein selten als Theorie der Gesellschaft verstanden wird, ist es doch eine klar umrissene Theorie der Macht- und Ausbeutungsverhältnisse auf der Welt. Wenn wir also das autonome Durchschnittsbewusstsein kritisieren, dann nicht, weil die Autonomen nicht ernstzunehmen sind. Im Gegenteil versuchen wir, das Bewusstsein der Autonomen als Gesellschaftstheorie ernstzunehmen. Und zwar als Gesellschaftstheorie, die zu einer bestimmten Praxis führt. Deshalb stellen wir die Frage nicht wie üblich auf die falsche Art und Weise, nämlich so: Welche Theorie?

Welche Praxis? Und klar, wie hängen sie zusammen? Fragen wir also nach der autonomen Durchschnittstheorie. Klar ist einmal, dass auf der Welt nicht alles so ist, wie es sein sollte: Armut, Hunger, Elend, Kriege und Bürgerkriege... und uns geht es auch schon ganz schlecht. Die Feststellung dieser Tatsache wird wohl auch jedeR BundesbürgerIn teilen.

Was die revolutionären Kämpferin nun von Otto Müller unterscheidet ist das Faktum, dass sie diese nicht als Naturtatsache hinnimmt, nicht wie der Durchschnittsspiesser mit einem Achselzucken sagt:

„Das war schon immer so, das wird auch immer so sein, und machen kann man eh nix.“ Sie hält daran fest, dass es auch anders sein könnte, dass die Menschen auch vernünftig, friedlich und glücklich miteinander leben könnten, wenn... Ja, wenn... An diesem Punkt muss nun die Gretchenfrage revolutionärer Theorie gestellt werden: Wenn es anders sein könnte, dann muss irgendjemand daran Schuld sein, dass es nicht so ist: Und die Frage ist nun: Wer? Und hier wird es kompliziert. Lassen wir zunächst einmal die dumpfste Variante weg, die paranoide Verschwörungstheorie der Antiimps, bei der das ganze Unglück der Welt das Resultat einer heimtückischen Verschwörung von trilateraler Kommission, dem US-Imperialismus, der sozialistischen Internationale, dem Zionismus und weiß

der Geier noch wem ist. Wenn man derart kindliche Weltbilder aber einmal weg lässt, dann wird es schwierig:

Natürlich, schuldig sind Staat und Kapital. Aber das hilft auch nicht weiter: Wer sind Staat und Kapital? Wenn diese abstrakten Begriffe gefüllt werden sollen, aus leeren Worten konkrete Gegner aus Fleisch und Blut werden sollen, dann bietet sich einer natürlich ganz besonders an:

DER BULLE. Der Bulle ist der Feind Nr. 1 aller Autonomen: An ihm ist der Staat handgreiflich und in Person sichtbar: Und wenn vor einem die Schweinevisagen auftauchen, die Knüppel greifen, dann weiß jedeR, wo die Front verläuft, nämlich zwischen uns und denen. Damit hat sich die autonome Staatstheorie im Wesentlichen erschöpft: Der Staat ist nackte Gewalt, Repression, Faschismus, Punkt. Großartig differenziert muss hier nicht mehr werden: „Deutsche Polizisten: Mörder und Faschisten“, „SS, SA, SEK“. Staat, Bullen, Faschismus, Repression: Alles schwimmt in einem undurchdringlichen Brei, in dem die Klopperei mit den Bullen auf einmal zur heroischen Tat, zum Angriff auf den Staat als solchen, zur revolutionären „Praxis“ wird. Natürlich, ganz so plump ist das Weltbild der meisten Autonomen nicht, auch wenn mensch gelegentlich den Eindruck bekommt. Dass der Staat kein reiner Selbstzweck ist, das ist irgendwie bekannt. Der Staat, das ist klar, ist zum Schutz des Kapitals da.

Wobei sich natürlich die Frage stellt, was denn das Kapital ist. Natürlich, nun ist es nicht mehr ganz so einfach auszumachen, wie es beim Staat war. Das Kapital, das sind irgendwie die großen Banken und Konzerne. Und das Gemeine an diesen ist, dass sie die Menschen ausbeuten, auf der ganzen Welt. Und weil sich niemand gern ausbeuten lässt, braucht das Kapital den Staat, um die Ausgebeuteten zu unterdrücken. Sonst würden die dem Kapital nämlich ruckzuck den Garaus machen. Wie das mit der Ausbeutung nun genau funktioniert, das ist nicht näher bekannt: Aber genaueres braucht mensch auch nicht zu wissen: Denn die Sache selbst ist ja ganz deutlich zu sehen: Im Trikont krepieren die Menschen wie die Fliegen, hier müssen sie von Sozialhilfe leben, während die Konzerne und Banken das große Geld scheffeln. Das Faktum der Ausbeutung ist also völlig offensichtlich. Wie aber kann diese brillante theoretische Einsicht in die revolutionäre Praxis umgesetzt werden? Banken und Konzerne haben Bürohäuser, Geschäftsstellen, Verkaufsräume etc. Und diese haben Schaufenster oder zumindest Fassaden. Erstere kann mensch eindeppern, letztere mit Farbeiern verzieren. Außerdem soll auch schon der eine oder andere Molli sein Ziel gefunden haben und auch Feuerlöscher mit Unkraut-Ex und Puderzucker erzielen nicht zu vernachlässigende Wirkungen.

Was das alles an der Tatsache ändern soll, dass die Konzerne und Banken weltweit Menschen ausbeuten, ist nicht ganz klar, aber auf jeden Fall ist das was Praktisches und kein abstraktes theoretisches Rumlabern. Und, nebenbei bemerkt, wenn die Bullen bei einer Demo die Fassade der Deutschen Bank schützen, dann wird das faschistische Komplott von Staat und Kapital ganz deutlich. Selbst wenn wir die Ironie weglassen: Darauf reduziert sich im Großen und Ganzen die autonome Theorie. Was noch fehlt, ist das Patriarchat, aber darüber weiß nun wirklich niemand überhaupt nichts Genaues mehr. Der Rest sind technische Details und Gruppendynamik. Zunächst zu den technischen Details, die den größten Teil autonomer Diskussion ausmachen. Diese sind einziges Hü und Hott: Mit den ReformistInnen oder gegen die ReformistInnen, mit Vermummung – ohne Vermummung, geht mensch zur Demo oder nicht. Bewertungskriterien für diese Fragen sind die revolutionäre Moral und Entschlossenheit. Tatsächlich taktische Kriterien können für die einzelnen Entscheidungen nicht angegeben werden. Nicht in Bezug auf die zu erzielenden Zwecke werden Entscheidungen getroffen, sondern in Bezug darauf, welche der Alternativen „gerechter“ erscheint. Das Verhältnis zwischen dem Einsatz und dem Ergebnis spielt aus diesem Grunde in den allerseltensten Fällen eine Rolle,

was derartige Diskussionen auch so unsäglich langweilig macht: Über bloße Meinungen und moralinsaures Gedöns lässt sich letztlich schlecht diskutieren: Derartig sinnloses Geschwätz kann mensch nur über sich ergehen lassen. Interessanter sind die gruppendynamischen Effekte. Gehen wir deshalb noch einmal zur Staats- und Kapitaltheorie zurück. Die Frage, die sich dabei natürlich stellt, ist die: Warum lassen die Ausgebeuteten sich das gefallen, dass sie ausgebeutet werden? Die Antwort ist, wie oben schon gesagt, dass die staatliche Gewalt Menschen zurückhält, indem sie sie einschüchtern. Und die, die sich nicht einschüchtern lassen, werden mit gnadenloser Repression überzogen. Natürlich weiß jedeR insgeheim, dass sich die Passivität der Masse der Bevölkerung so nicht erklären lässt. Aber wie lässt sich dann erklären, dass die meisten Menschen sich alles gefallen lassen? Die Antwort, die bestenfalls auf diese Frage kommt, ist die: Die Menschen sind manipuliert und korrumpiert durch die Medien und durch Konsum. Diese Antwort schlägt selbst wieder in den Gruppenprozess der meisten autonomen Gruppen zurück. Früher oder später kommt den Einzelnen der Verdacht, sie selbst könnten auch schon manipuliert und korrumpiert sein. Und darin taucht in autonomen Gruppen ein merkwürdiger, beinahe puritanisch zu nennender Asketismus

auf, die große Verweigerung gegenüber der Welt und die gnadenlose Identifikation mit der eigenen Gruppe. Früher oder später fühlt mensch sich auf allen Seiten umstellt von Feinden, die hinterhältig versuchen, jedes bisschen Identität, das mensch sich im Kampf erworben hat, kaputt zu machen. Ganz besonders hinterhältig treiben es dabei andere Linke, die Kritik üben. Und irgendwann geht die Abschottung vor der Realität dann soweit, dass sie wahnhaft umschlägt in eine gewisse Art von Bewusstseinspaltung. Laufend wird hin und her geschwankt zwischen zwei völlig entgegengesetzten Interpretationen der Welt. Einmal erscheint das Jenseits des Szeneghetts als ein großes Heerlager von Feinden, die eineN „umdrehen“ wollen, einer/m die revolutionäre Identität kaputt machen wollen. Dann wiederum wird sie interpretiert als brodelnde, kochende Masse, die kurz vor der Explosion, dem endgültigem revolutionärem Umsturz steht. Der andere, mit großer Regelmäßigkeit auftretende gruppendynamische Effekt ist die sogenannte Patriarchatsdiskussion. Es geht uns nicht darum, zu leugnen, dass es das Patriarchat gibt, dass die geschlechtsspezifische Unterdrückung bis in den Gruppenprozess autonomer Gruppen hineinreicht und dass dies ein wichtiger Diskussionspunkt ist und weiter auch sein muss. Aber: In autonomen

Zirkeln wird im Grunde gar nicht inhaltlich über die Frage diskutiert. Vielmehr bleibt die Diskussion im Wesentlichen rein formal. Als Beispiel können wieder die Bremer Internationalismustage vom letzten Jahr dienen. Bei fast keinem Referat der VeranstalterInnen kam es zu einer Diskussion. Erst als die Patriarchatsfrage aufs Tapet kam – oder besser, weil sie trotz Ankündigung nicht behandelt wurde – kam es zum Eklat. Ruckzuck spalteten sich die Anwesenden in ein Männer- und ein Frauenplenum.

Doch anstatt in diesen dann über die Relevanz der Frage des Patriarchats für den revolutionären Prozess zu diskutieren, kam es zum berühmt-berühmtem autonomen Anekdotenerzählen, bei dem die Redebeiträge sich nur so überstürzten. Die Frage des Patriarchats verkam damals und verkommt bei fast allen derartigen Situationen zum Diskussionsersatz.

Rein empirisch werden patriarchale Verhaltensweisen in autonomen Gruppen aufgezeigt. Statt dass mensch nun tatsächlich darüber diskutiert, wird das Ganze auf das Niveau individueller Moral heruntergebracht. Im besten Fall endet das dann bei Schuldzuweisungen bzw. Schuldbekennnissen und gegenseitigen Versprechen, dass jetzt alles besser gemacht werden soll. In den anderen Fällen kommt es zu dauerhaften Spaltungen, die zumeist endgültig sind, da sie nicht Resultat tatsächlicher

inhaltlicher Differenzen sind, sondern an Umgangsformen festgemacht werden. Nun ist die Diskussion über Umgangsformen in politischen Gruppen durchaus nötig. Aber wenn durch sie jede strategische oder taktische Diskussion verdrängt wird, eben weil eine absolute Unfähigkeit vorherrscht, über derartige Fragen zu diskutieren, dann wird die politische Diskussion zum Surrogat, die autonome Gruppe zur linksradikalen Variante der Encountergruppen, bei denen es nur noch darum geht, sich der eigenen Identität zu versichern.

Die Autonomen und der Staat

„Der Staat in seinen spezifischen Ausformungen wurzelt in den materiellen Lebensverhältnissen der Gesellschaft, in dem Verhältnis der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten.“ (MEW 25, S. 799ff.)

Die spezifische Form, in der das Kapital die Mehrheit der Lohnarbeiter zwingt, bestimmt die politische Form des bürgerlichen Staates.

Die „normale“ Mehrwertschaffung bedarf stets einer außerökonomischen Zwangsgewalt des bürgerlichen Staates. Diese Zwangsgewalt äußert sich jedoch unterschiedlich innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen zum einen, zum anderen zwischen imperialistischen, halbkolonialen und kolonialen Ländern.

Entscheidend für die bürgerliche Herrschaftsform ist das Kräfteverhältnis zwischen den einzelnen sozialen Komponenten. Das Problem, das sich im Verhältnis der Autonomen zum bürgerlichen Staat aufuft (von einer Staatstheorie kann selbst bei wohlwollendster Würdigung keine Rede sein), ist vor allem das der mangelnden Differenzierung.

Der Staat wird nie als Ausdruck des Kapitalverhältnisses betrachtet, sondern Staat und Kapital sind eins (vgl. D. Hartmann in *Autonomie Neue Folge* 14). Dabei wird, um einen geschichtlichen Bezug herzustellen, als historisches Datum dieser Verschmelzung der NS-Faschismus bestimmt. Alles, was danach oder gleichzeitig war, wird von einer einzigen weltweiten Kapitalstrategie hergeleitet. Seit Beginn der bürgerlichen Herrschaft gibt es zwar eine Entwicklung hin zum Monopolkapitalismus, es wurde jedoch nie geschafft und ist – trotz Europa '92 – bisher auch nicht beabsichtigt worden, die Nationalstaaten gänzlich aufzuheben.

Es war richtig, dass sich seit der Krise 1929 die kapitalistische Gesellschaftsstruktur entscheidend verändert hat und die Strukturen der US-amerikanischen Gesellschaft der Jahre 1932-40 Vorbild für das fordistische Europa wurden, aber genau das beweist eher die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens als erweiterte und verallgemeinerte Erfahrung des Faschismus.

Der Nachkriegskapitalismus zeichnet sich durch eine wachsende Intervention der Staatsgewalt im Wirtschaftsleben aus und kann durchaus als modifizierte Fortsetzung des New Deals betrachtet werden: Dies bedeutet aber noch nicht die Einheit von Staat und Kapital!

Diese Intervention des Staates hatte lange Zeit einen antizyklischen Charakter und integrierte dadurch die ArbeiterInnenklasse: Ihr Akkumulationsmodell bedurfte einfach keines Faschismus, um die Mehrwertrate stetig zu erhöhen. Autonome sehen weder unterschiedliche Herrschaftsformen der Bourgeoisie, noch unterschiedliche Kapitalfraktionen (z. B. die unterschiedliche Nicaragua-Politik von Reagan und Mitterand). Obwohl es natürlich richtig ist, den Imperialismus und die Weltwirtschaft als weltweite, übergreifende Systeme zu begreifen, gibt es Widersprüche, die zum einen für das Verständnis dessen, was in der Welt passiert wichtig sind, zum anderen für die Kampfbedingungen eines vielleicht irgendwann mal wieder revolutionären Subjekts entscheidend werden. Ein Staat, der sich als bürgerliche Demokratie versteht, gibt RevolutionärInnen die vorübergehende Möglichkeit, ihre Ideen öffentlich zu machen und garantiert teilweise eine relative Versammlungsfreiheit, ein Demo- und Streikrecht etc., während die Illegalität ganz andere Bedingungen schafft.

Während des New Deal gab es militante Massenstreiks und revolutionäre Propaganda kleiner Splittergruppen; im Faschismus werden alle demokratischen Organe zerstört. Um diesem Dilemma auszuweichen, reden Autonome (oder Teile davon, aber wer will in Zeiten des Abschiffens der Bewegung noch AutonomeR sein?) von einer Faschisierung des Staates, ohne Faschismus überhaupt definieren zu können. Einem vernünftigen Gedanken noch fremder gegenüberstehende (und vermeintlich „radikalere“) Einschätzungen kolportieren auch, der Staat (bzw. alle Staaten) sei immer schon faschistisch gewesen: immer, überall und mit allen Waffen...

Auch wenn angesichts der Vernichtungsphantasien der Repräsentanten des bürgerlichen Staates seinen Feinden gegenüber diese Vorstellung verständlich ist, so wird sie dadurch aber auch nicht wahrer. Im Gegenteil, um die diffus-anarchische „Staat = Faschismus-Theorie“ mit der eigenen Lebenslüge vom militanten Freiraum-Widerstand kompatibel zu machen, wird eben noch die Phrase der Freunde des bewaffneten Kampfes hinzugefügt, mensch müsse „die faschistische Fratze des Systems freibomben“. Um der hierbei entstehenden Inflation des Begriffes „Faschismus“ und der eigenen widersprüchlichen Wahrnehmungen gerecht zu werden, sollte dieses geniale Denksystem vielleicht noch um Kategorien „ganz

böser Faschismus“ (Auschwitz), „etwas besserer Faschismus“ (Südafrika, Israel, BRD), bzw. „guter oder zu vernachlässigender Faschismus“ (bürokratische Arbeiterstaaten) erweitert werden.

Und als umfassende subjektiv-moralische Kategorie schlagen wir folgende Definition vor: Faschismus ist immer dann, wenn eine ungerechte Sauererei passiert.

Das ist dann ein klares Weltbild ohne Wenn und Aber, lässt sich beliebig ausdehnen (z. B. Ökofaschist, Sanierungsfaschist etc.) und kein Schwein mehr entweicht den enggeknüpften Maschen messerscharfer autonomer Analyse. Doch genug der Polemik.

Faschismus in der autonomen Terminologie jedenfalls symbolisiert reale Repression, Bullen, Stammheim. Kaputtanierung (autonome Wandparole '88): eigentlich Phänomen eines durchschnittlichen bürgerlichen Staates – für den Autonomen der Staat schlechthin. „Der Staat“ oder „das System“ wird zum Feindbild überhaupt.

Da unsere autonomen GenossInnen ja selten in irgendwelchen sozialen Milieus verankert sind (außer im eigenen Ghetto) und sich in den so rar gewordenen sozialen Auseinandersetzungen kein so eindeutiges Feindbild abzeichnen will(?), wird der mieseste, kleinste Scherge jeder Herrschaftsform für alles verantwortlich gemacht: der Bulle.

Die Phrase vom „Bullensat“ oder auch „Schweinesystem“

ist jenseits jeder Klassenanalyse und hat dieselbe bisher auch derb zu vereinfachen versucht. Der Staat wird zum Mythos, zum einzigen omnipotenten Feind der alles beherrscht, den es jederzeit frontal zu bekämpfen gilt und der nun (wie hinterhältig!) durch

seine niedrigsten Schergen sicht- und greifbar wird. Die politische Form der bürgerlichen Gesellschaft kann nicht begriffen werden ohne ihren sozialen Inhalt. Der Staat wird nur aus einem Prinzip der Repression abgeleitet, nicht aus

den Produktionsverhältnissen. Aber die bürgerliche Gesellschaft kann nur über das Kapitalverhältnis verstanden, bekämpft und überwunden werden!

**L'ANTIFASCISME C'EST BIEN
LA REVOLUTION C'EST MIEUX**